Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben!

„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. **Anzeigenpreis:** Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 15. | Berlin, 10. April 1931. | 12. Jahrg.

Die Osthilfegesetze vom 31. März 1931.

Im folgenden geben wir das **„Gesetz über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Osthilfegesetz)“** vom 31. März 1931, das am 26. März vom Reichstag in dritter Lesung angenommen wurde und am 1. April in Kraft getreten ist, in seinen wesentlichen Bestimmungen wieder:

Allgemeine Hilfsmaßnahmen.

Räumliches Geltungsgebiet: Zur Linderung der Not, in welche die Gebiete des Ostens durch die neue Grenzziehung geraten sind (Osthilfegebiet), werden die nachstehend bezeichneten Maßnahmen beschleunigt durchgeführt.

Die Reichsregierung bestimmt im Einvernehmen mit der zuständigen Landesregierung die Gebiete, in welchen diese Maßnahmen oder einzelne von ihnen durchgeführt werden; sie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der zuständigen Landesregierung das Anwendungsgebiet auch auf weitere östliche Landesteile auszudehnen.

Die im Rechnungsjahre 1930 durchgeführten Maßnahmen sind in dem bisherigen Umfang fortzuführen.

Lastensenkung: In den Rechnungsjahren 1932 bis 1936 sind jeweils Reichsmittel in mindestens gleicher Höhe wie im Rechnungsjahr 1931 a) zur Erleichterung kommunaler Lasten, b) zur Frachtenerleichterung, c) zur Senkung der Schiffahrtsabgaben auf dem Königsberger Seekanal bereitzustellen.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, vom 1. April 1931 oder einem späteren Zeitpunkt ab die Aufbringungsumlage (Industriebankgesetz vom 31. März 1931, Reichsgesetzbl. I S. 124) ganz oder teilweise nicht zu erheben.

Förderung sonstiger Zwecke: Die Reichsregierung hat in den Rechnungsjahren 1932 bis 1936 jeweils Mittel in Höhe von mindestens 20 Millionen RM. bereitzustellen, um die besondere Notlage auf wirtschaftlichem, gewerblichem, gesundheitlichem, sozialem und kulturellem Gebiete zu lindern sowie sonstige zur Stützung der Bevölkerung erforderliche Hilfsmaßnahmen zu treffen.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, den Zinssatz von Darlehen für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen bis auf 1 v. H. zu verbilligen.

Zur Befriedigung des gewerblichen Kreditbedürfnisses im Osthilfegebiete hat die Bank für deutsche Industrieobligationen (Bank) aus den ihr nach Maßgabe des Industriebankgesetzes zufließenden Mitteln Darlehen bis zur Höhe von 50 Millionen RM. zu gewähren. Solche Darlehen können auch Fischereibetrieben gewährt werden.

Der Zeitraum für die Zurückzahlung der Darlehen in Höhe von 35 Millionen RM. für landwirtschaftliche Bodenverbesserung wird von 15 auf 25 Jahre, der Zeitraum für die Zurückzahlung der Darlehen in Höhe von 10 Millionen RM. für die Durchführung sonstiger besonders wirksamer Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung von 5 auf 15 Jahre ausgedehnt.

Bau von Eisenbahnen oder sonstigen Verkehrslinien: Die Reichsregierung wird ermächtigt, zur Herstellung von Bahnen oder, sofern im einzelnen Falle die Errichtung einer Kraftfahrlinie sich als volkswirtschaftlich richtig erweist, nach Anhörung der zuständigen Landesregierung hierfür einen Betrag von 140 Millionen RM. aus Anleihemitteln bereitzustellen.

Diese Mittel sollen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft als Darlehen gegeben werden. Bei Errichtung von Kraftfahrlinien können die Mittel auch in anderer Form verwendet werden. In einzelnen Fällen können verlorene Zuschüsse zu den Grunderwerbskosten an notleidende Kreise und Gemeindeverbände, die im übrigen den zum Bau der Nebenbahnen erforderlichen Grund und Boden unentgeltlich und lastenfrei zur Verfügung zu stellen haben, gegeben werden.

Es sind vorgesehen für Ostpreußen 23,2 Mill. RM., für Oberschlesien 22,4 Mill. RM., für Niederschlesien 28,7 Mill. RM., für die Grenzmark Posen-Westpreußen 25,8 Mill. RM. und für die westlichen Grenzgebiete und Niederbayern zusammen 33,7 Mill. RM. Als Zuschüsse zu den Grunderwerbskosten dürfen insgesamt weitere 6,2 Mill. RM. verwendet werden. Außer der Bahnlinie Hindenburg—Borsigwerk, die als zweigleisige Hauptbahn gebaut werden soll, sollen die übrigen Linien als eingleisige Nebenbahnen gebaut werden.

Die Reichsregierung bestimmt, zu welchem Zeitpunkt und in welchen Jahresteilbeträgen die Mittel bereitgestellt werden können. Sie bestimmt ferner nach Anhörung der beteiligten Landesregierung, welche der vorgesehenen Bahnlinien begonnen werden dürfen.

Wenn die Reichsregierung nach Anhörung der beteiligten Landesregierung ein Bedürfnis für den Bau einer dieser Bahnen nicht mehr anerkennt, so ist sie berechtigt, den frei werdenden Betrag anderweit für Verbesserung der Eisenbahnverbindungen in den genannten Grenzgebieten zu verwenden.

Landwirtschaftliche Entschuldung.

Die zur Erleichterung der Kreditverhältnisse landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Betriebe vorgesehenen Maßnahmen sind zunächst in dem im § 1 der Verordnung vom 8. August 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 433) genannten Gebiete durchzuführen. Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der zuständigen Landesregierung das Anwendungsgebiet in dem Maße, wie die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen, auch auf weitere östliche Landesteile auszudehnen.

Diese Maßnahmen sind nur bei solchen Betrieben (Entschuldungsbetrieben) zulässig, bei denen die Landstelle anerkennt, daß sie in ihrem Bestande gefährdet sind, die durch eine Erleichterung ihrer Kreditverhältnisse noch erhalten werden können, deren Inhaber die Gewähr für die erfolgreiche Fortführung der Betriebe bieten und deren Inhaber ausschließlich deutsche Arbeitskräfte beschäftigen; die Reichsregierung kann Ausnahmen in besonderen Fällen zulassen.

Die Entschuldungsdarlehen sind in den Provinzen und Kreisen auf die Betriebsgrößenklassen nach Möglichkeit mindestens in dem Verhältnis zu verteilen, das dem Anteil der bäuerlichen Betriebe an der landwirtschaftlich genutzten Fläche entspricht. Die Reichsregierung hat halbjährlich über die Verteilung der Mittel auf die Betriebsgrößenklassen Bericht zu erstatten.

Ein Betrag von mindestens 500 Mill. RM. wird nach den Vorschriften des Industriebankgesetzes aus dem Vermögen der Bank für die Gewährung von Entschuldungsdarlehen bereitgestellt. Diese 500 Mill. RM. fließen der Bank aus dem Aufkommen der Aufbringungsumlagen wie folgt zu: Rechnungsjahr 1931: 50, 1932: 90, 1933: 135, 1934: 105, 1935: 75, 1936: 45 Mill. RM. Darüber hinaus kann sich die Bank weitere Mittel für Entschuldungszwecke im Wege des Kredits beschaffen.

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, gemeinsam mit der zuständigen Landesregierung und zu gleichen Teilen mit ihr Bürgschaften zum Zwecke der Beschaffung von Mitteln für die Gewährung von Entschuldungsdarlehen bis zum Gesamtbetrage von 250 Mill. RM. zu übernehmen, soweit die oben angeführten, von der Bank zur Verfügung zu stellenden Mittel zur Deckung des Entschuldungsbedarfs nicht ausreichen oder nicht bereitstehen.

Diese Bürgschaft kann bis zum Betrage von 100 Mill. RM. auch *für die Einlösung verzinslicher Verpflichtungsscheine zentraler Kreditinstitute* (Ablösungsscheine) mit längstens fünfjähriger Laufzeit übernommen werden, die an die bisherigen Gläubiger von Entschuldungsbetrieben im Entschuldungsverfahren gegeben werden. Diese Ablösungsscheine müssen *bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1938 getilgt* sein. Es ist Vorsorge zu treffen, daß Ablösungsscheine nur im Geschäftsverkehr der Genossenschaften und Sparkassen sowie sonstiger öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute mit ihren provinziellen und zentralen Geldausgleichsstellen verwandt werden.

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, gemeinsam mit der zuständigen Landesregierung und zu gleichen Teilen mit ihr gegenüber der Bank die *Ausfallbürgschaft für Entschuldungsdarlehen bis zum Gesamtbetrage von 850 Mill. RM.* solcher Darlehen mit der Maßgabe zu übernehmen, daß sich die Haftung auf ein Viertel des im einzelnen Falle gewährten Darlehens beschränkt. Der dieser Berechnung zugrunde zu legende Betrag des Darlehens erhöht sich um die Rückstände an Zinsen und Nebenleistungen.

Die jährlichen Leistungen der Schuldner dürfen in den ersten fünf Jahren 4½ v. H. und in den weiteren Jahren 5½ v. H. des Entschuldungsdarlehens nicht übersteigen. Durch die Jahresleistungen der Schuldner sollen *die Darlehen innerhalb von 33 Jahren getilgt* sein. Die Bank erhält für die nach obigen Bestimmungen gewährten Darlehen eine Verzinsung von 1 v. H.

Soweit die Leistungen der Schuldner nicht ausreichen, die laufenden, zur Durchführung der Entschuldung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere an Zinsen, Geldbeschaffungs- und Verwaltungskosten zu decken, hat die Reichsregierung den Unterschied zur Verfügung zu stellen, jedoch nicht über den jeweils in den Rechnungsjahren 1931 bis 1938 im Reichshaushaltsplan für Entschuldungszwecke vorzusehenden 36 Mill. RM. hinaus.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, für *Pachtbetriebe* abweichende Bestimmungen über Verzinsung, Tilgung und Laufzeit der Entschuldungsdarlehen zu erlassen.

Die *Schuldner haften* in Höhe von 10 v. H. des ihnen gewährten Entschuldungsdarlehens für die Ausfälle, die an der Gesamtheit der Entschuldungsdarlehen an Kapital, Zinsen und Nebenleistungen entstehen. Auf Grund dieser Haftung erhebt die Bank jährlich einen Zuschlag von 0,5 v. H. zu den jährlichen Leistungen der Schuldner, bis die volle Höhe der Haftsumme erreicht ist. Soweit die Haftsumme zur Deckung von Ausfällen an Kapital, Zinsen und Nebenleistungen nicht benötigt worden ist, wird der Restbetrag von der Bank zur Minderung der letzten Jahresleistungen verwandt.

Die zur *Betriebssicherung* zur Verfügung stehenden Beträge können *als Darlehen oder als Zuschüsse* gewährt werden. Zinseinnahmen aus hingegebenen Darlehen fließen den Mitteln zu.

Die Mittel können *insbesondere verwendet* werden a) als Hilfe zur Durchführung einer die Fortführung des Betriebes sichernden Schuldenregelung, b) als Hilfe zur Durchführung einer Schulden- und Grundstücksregelung, die unter Abveräußerung von Teilflächen zwecks Anlieger- und Neusiedlungen, nötigenfalls auch zu Vergrößerung sonstiger Klein- und mittelbäuerlicher Betriebe eine Gesundung des Restbesitzes sichert, c) als Hilfe bei der Aufnahme von Realkrediten, d) bei Kleinbetrieben, Siedlern und kleineren Mittelbetrieben als Hilfe zur Ergänzung des unentbehrlichen Inventars, e) zur Erleichterung der Kreditgewährung an landwirtschaftliche Pächter, Kleinbesitzer und Siedler, f) als Hilfe für Neuerwerber von Grundstücken, g) als Hilfe zur Verhütung gruppenmäßiger Niederbrüche infolge von Haftverpflichtungen, h) zur Deckung der nicht von dritter Seite bestrittenen, vom Reiche zu tragenden Kosten des Verfahrens, i) zur Hebung der Wirtschaftlichkeit von Entschuldungsbetrieben, k) zur Hilfeleistung für notleidende Siedler.

Bei der Verwendung der Mittel ist auch das *Interesse der Gläubiger* hinreichend zu berücksichtigen.

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, *Darlehen*, die zu Entschuldungszwecken aus den im Haushaltsplan ausgebrachten Betriebssicherungsmitteln gegeben sind, *in verlorene Zuschüsse umzuwandeln*, soweit die Lage der zu entschuldenden Betriebe dies erfordert; er kann die Befugnis auf andere Stellen übertragen.

In den Rechnungsjahren 1932 bis 1936 sind *im Reichshaushaltsplane jährlich 50 Millionen Reichsmark zur Förderung des ländlichen Siedlungswesens* im Zusammenhange mit der Entschuldung zur Verfügung zu stellen. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, im Vorgriff auf die nach vorstehendem Satz zur Verfügung zu stellenden Mittel Anleihen aufzunehmen oder Bürgschaften zu übernehmen.

Zum Zwecke der Siedlung können die hiernach zur Verfügung zu stellenden Mittel auch zum Erwerbe von land- und forstwirtschaftlich genutzten Betrieben verwendet werden, bei denen in der Hand des bisherigen Betriebsleiters die Gewähr für ordnungsmäßige Bewirtschaftung nicht gegeben ist; ein Erwerb soll möglichst nur in der Zwangsversteigerung erfolgen.

Soweit eine Verwertung zur Siedlung nicht möglich ist, können die erwähnten *Mittel an Länder, Kommunalverbände und Gemeinden*, in besonderen Fällen auch an andere Bewerber gewährt werden, um ihnen den Erwerb von Waldflächen und sonstigen zur Siedlung nicht geeigneten Betrieben oder Betriebsteilen zu ermöglichen.

Aus diesen Mitteln können ferner in besonderen Fällen Darlehen oder Beihilfen gewährt werden, um *zur landwirtschaftlichen Nutzung nicht geeignete Flächen aufzuforsten.*

Die Entschuldung soll, falls sich die Möglichkeit zur Neu- oder Anliegersiedlung oder anderweitigen Verwertung bietet, in der Regel davon abhängig gemacht werden, daß der Schuldner land- oder forstwirtschaftlich genutzte Flächen veräußert.

Die Hilfsmaßnahmen können davon abhängig gemacht werden, daß der *Betrieb einer fortlaufenden Überwachung* durch eine der Bank und der Landstelle genehme Stelle unterstellt wird und die zur Förderung einer ordnungsmäßigen landwirtschaftlichen Erzeugungs- und Absatzregelung notwendigen Maßnahmen durchführt. Für Kleinbetriebe und kleinere Mittelbetriebe können erleichternde Bestimmungen getroffen werden.

Die Hilfsmaßnahmen können ferner davon abhängig gemacht werden, daß der Inhaber des Entschuldungsbetriebs ein *Verzeichnis seiner sämtlichen Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten vorlegt* und *an Eides Statt versichert*, daß er nach bestem Wissen seine Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten so vollständig angegeben habe, wie er dazu imstande sei.

Die mit der Durchführung der Entschuldung befaßten Stellen und Personen haben über Vermögensverhältnisse, Tatsachen und Einrichtungen, die bei Ausübung der ihnen übertragenen Befugnisse zu ihrer Kenntnis kommen, *Verschwiegenheit* zu beobachten und sich der Mitteilung oder Verwertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen zu enthalten, auch wenn ihr Dienstverhältnis gelöst oder ihre Tätigkeit beendet ist.

Zur Durchführung der Entschuldung und Betriebsüberwachung können sich die *Entschuldungsbetriebe nach gleichartigen Betriebsgrößen oder Betriebsarten zu Haftungsverbänden zusammenschließen.* Die Bank kann die Hingabe des Darlehens an Entschuldungsbetriebe mit einem Einheitswerte von mehr als 30 000 RM. von dem Beitritt des Schuldners zu einem Haftungsverband abhängig machen, sofern die Landwirtschaftskammer dies für ihren Bezirk beantragt.

Die *Entschuldungsanträge* werden von den *Landstellen* im Zusammenwirken mit der *Bank* und, soweit *Haftungsverbände* gebildet sind, im Zusammenwirken auch mit ihnen geprüft. Sind Haftungsverbände nicht gegründet, so ist bei den Landstellen nach näheren Bestimmungen der Reichsregierung eine *Vertretung der Landwirtschaft zu bilden*, sind Haftungsverbände gegründet, so sind Vertretungen auch für die nicht in den Haftungsverbänden zusammengeschlossenen Betriebe zu schaffen. Dieser Vertretung der Landwirtschaft oder, wenn Haftungsverbände gebildet sind, den Haftungsverbänden ist das Ergebnis der von den Landstellen vorzunehmenden Prüfung mitzuteilen und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die *Entscheidung über Anträge* auf Gewährung von Entschuldungsdarlehen wird *durch übereinstimmenden Beschluß der Landstelle und der Bank* getroffen.

Gegen den Willen der Bank kann ein Entschuldungsdarlehen *in keinem Falle* gewährt werden. Widerspricht die Landstelle der Gewährung eines Entschuldungsdarlehens, so kann die Bank, wenn ein Haftungsverband gebildet ist, dem Antrag stattgeben, wenn der Haftungsverband sich bereit erklärt, die Ausfallbürgschaft anstatt des Reichs und des Landes zu übernehmen; ist ein Haftungsverband nicht gebildet, so kann die Vertretung der Landwirtschaft eine nochmalige Prüfung des Antrags unter ihrer Beteiligung und abermalige Entscheidung der Landstelle verlangen.

Die Haftungsverbände können zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den von ihnen etwa übernommenen Bürgschaften Umlagen bis zur Höhe von jährlich 0,5 v. H. und zur Bildung von Rücklagen sowie zur Deckung ihrer Verwaltungskosten weitere Umlagen bis zur Höhe von jährlich 0,5 v. H. des einzelnen Entschuldungsdarlehens erheben.

Die in diesem Gesetze zum Erwerbe von Land und zur Siedlung zur Verfügung gestellten Mittel können auch dazu verwandt werden, *Landarbeitern*, die aus Anlaß der Durchführung dieses Gesetzes arbeitslos werden, den Erwerb einer kleinbäuerlichen Siedlung zu ermöglichen.

*

Die beiden andern Osthilfegesetze, das „Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung" und das „Gesetz über die Abwicklung der Aufbringungsumlage und die Neugestaltung der Bank für Industrieobligationen (Industriebankgesetz) werden wir in der nächsten Nummer des „Ostland" in seinen Hauptbestimmungen wiedergeben.

Frist für Einreichung der Umschuldungskreditanträge.

Die Oststelle bei der Reichskanzlei hat die Kommissare für die Osthilfe (Landstellen) davon in Kenntnis gesetzt, daß die Frist für die Einreichung der Umschuldungsanträge bei Eigen- und Pachtbetrieben auf den 30. Juni 1931 festgelegt ist.

*

Düngerkredite fehlen!

Der Pommersche Landwirtschaftliche Provinzialwirtschaftsrat hat an den Reichskanzler, den Kommissar für die Osthilfe und den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft nachstehendes Telegramm gerichtet: „In Pommern nach neuester Feststellung nachgewiesen, daß bisher über 400 000 Morgen ohne Kunstdünger, da Kredit hierzu verweigert. Das bedeutet wirtschaftliche Preisgabe. Erbitten dringend sofortiges energisches Eingreifen der Reichsregierung gegen diese drohende Verödung von über 1000 Quadratkilometer deutschen Landes an polnischer Grenze."

Landbund und Osthilfe.

In einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und des Beirates des Landbundes der Grenzmark Posen-Westpreußen wurde eine Reihe von Entschließungen angenommen, in denen zur Osthilfe Stellung genommen wird. Es heißt darin u. a.: Die Osthilfe kann nur dann eine wirkliche Hilfe sein, wenn der Landwirtschaft des Ostens angemessene Preise gesichert werden und wenn durch eine hinreichende Lastensenkung bei steigenden Preisen die Rentabilität wiederhergestellt wird. Notwendig ist, daß alle Vorkehrungen getroffen werden, um baldigst in größtmöglichem Umfange den Beimischungszwang tierischer Fette durchzusetzen. Der Landbund hält es weiter für notwendig, daß unzweideutige Klarheit darüber geschaffen wird, wann nach den umfangreichen Vorarbeiten die Auszahlung der Umschuldungssummen erfolgt. Er fordert ferner für die Siedler Revision der Renten und die Gewährung von Freijahren. An die Oststelle bei der Reichskanzlei in Berlin wurde folgendes Telegramm gerichtet: „Wann erfolgt spätestens Auszahlung der fertig bearbeiteten Umschuldungsanträge?"

Das Handwerk in Ostpommern.

Das deutsche Handwerk leidet unter der Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse empfindlich. Das pommersche Handwerk wird, da Pommern vorzugsweise landwirtschaftliche Provinz ist, außerdem noch schwer betroffen durch die Not der Landwirtschaft. Das ostpommersche Handwerk ist aber durch die Grenzziehung des Versailler Vertrages noch ganz besonders beeinträchtigt. Es war bewundernswert, wie das Handwerk Ostpommerns, von dem wohl 50 v. H. der Betriebe im Kriege stillgelegt waren, seine Betriebe nach dem Kriege dank des in ihm wohnenden Lebens- und Entwicklungswillens wieder aufbaute, so, daß heute sogar mehr Handwerksbetriebe als vor dem Kriege vorhanden sind. Wir haben heute im Regierungsbezirk Köslin 12 495 Betriebe, die 10 452 Gesellen und Arbeiter und 8589 Lehrlinge und Arbeitsburschen beschäftigen. Aber diese Betriebe kämpfen schwer um ihre Existenz. An und für sich leidet das Handwerk heute unter Mangel an Aufträgen, weil überhaupt infolge der gesunkenen Kaufkraft weniger Aufträge erteilt werden können, die Zahl derjenigen aber größer geworden ist, die sich um die geringeren Aufträge bemühen (die Industrie hat ihr Augenmerk mehr als vor dem Kriege auf den Inlandsmarkt gerichtet; Regiebetriebe aller Art erstehen; die Schwarzarbeit als Folge der gesunkenen Kaufkraft und der Arbeitslosigkeit entwickelt sich mehr und mehr; Hausierhandel und Wanderlagerunwesen blühen und gedeihen). Die Auftragsnot des Handwerks ist aber da natürlich besonders groß, wo, wie in Ostpommern, große Teile des Landes durch die neue Grenze abgeschnitten sind und Zoll- und Grenzverkehrsbestimmungen den wirtschaftlichen Verkehr mit den abgetrennten Teilen stärker erschweren oder fast unmöglich machen, denn einmal sind dadurch ganze Auftragsgebiete überhaupt verloren gegangen, zum anderen aber ist die Kaufkraft in dem Grenzgebiete selbst eine noch geringere als in den übrigen Teilen des Landes, weil weite Kreise der Käuferschaft des Handwerks auch ihrerseits durch die Grenzziehung beeinträchtigt werden. Weiter wird die Lage dadurch erschwert, daß die Konkurrenz durch Schwarzarbeit und Hausierhandel hier besonders groß ist, auch wieder eine Folge der Grenzlandnot. Und schließlich kommt die Konkurrenz in den eigenen Reihen des Handwerks hinzu. Denn Ostpommern ist in besonderem Maße Aufnahmegebiet für die Ostflüchtlinge, die zum großen Teil Handwerker waren, gewesen. Weiter hat die Beschäftigungslosigkeit viele Handwerksgesellen veranlaßt, sich vorzeitig selbständig zu machen, um einen — wenn auch noch so kärglichen — Lebensunterhalt zu finden. In den drei Grenzkreisen ist die Zahl der Handwerksbetriebe von 1914 bis heute wie folgt gestiegen: im Kreise Rummelsburg von 317 auf 617, im Kreise Bütow von 378 auf 489 und im Kreise Lauenburg von 590 auf 912.

Die Auftragsnot würde etwas gemildert werden können, wenn das Handwerk seine Preise herabsetzen könnte. Das Handwerk ist aber in seiner Preisbildung nicht frei, es ist abhängig von den Rohstoffpreisen und den Löhnen, und schließlich wirken auf die Preisbildung die auf einem gewerblichen Betriebe ruhenden Lasten, wie Steuern und soziale Abgaben. Was nun die Rohstoffpreise anbetrifft, so müssen wir feststellen, daß Ostpommern unter einer regelrechten Rohstoffnot leidet, nicht, daß wie im Kriege, keine Rohstoffe zu haben wären, aber die Rohstoffzufuhr ist infolge der Grenzziehung wesentlich erschwert, und die Rohstoffe werden durch die erforderlichen weiteren Transportwege erheblich verteuert. Unter den auf dem Betriebe ruhenden Lasten ist besonders die Gewerbesteuer zu nennen. Während das Handwerk diese als eine Sonderbelastung des Gewerbes bekämpft, steigen die Gewerbesteuerzuschläge (eine Folge der Finanznot der Gemeinden) in immer schwindelhaftere Höhe. Wiederum sind es die Grenzkreise, die besonders schwer belastet sind. Die Sätze für 1930 sind z. B. folgende:

	Gewerbeertragssteuer:	Gewerbekapitalsteuer:
Bütow	500	1500
Lauenburg	825	1850

Ist eine Abwälzung schon an sich schwierig, wegen der starken Kaufzurückhaltung der Bevölkerung, so ist sie tatsächlich unmöglich in den genannten Grenzkreisen, insbesondere angesichts der viel niedrigeren Sätze in den Nachbarkreisen. Dort werden z. B. erhoben:

	Gewerbeertragssteuer:	Gewerbekapitalsteuer:
Schlawe	560	560
Stolp	300	300

Weiter muß als die Produktion belastend und die Preisbildung erschwerend die Kapitalnot des Handwerks genannt werden. Das Handwerk ist durch Krieg und Inflation seiner Barmittel beraubt und bedarf zur Weiterführung seiner Betriebe des Kredits. Dieser ist [illegible] nicht nur schwierig und unter scharfen Bedingungen für das Handwerk zu bekommen, sondern auch sehr teuer. In diesem Zusammenhange sei noch das Borgunwesen, das seit Kriegsende unter der Käuferschaft besonders eingerissen ist, erwähnt, da es das Kreditbedürfnis des Handwerks naturgemäß noch erhöht. Die wirtschaftliche Not des selbständigen Handwerks wirkt sich selbstverständlich auch nachteilig auf die Arbeitnehmerschaft im Handwerk aus. Gegen 60 v. H. der Handwerksbetriebe arbeiten ohne Hilfskräfte. Die Arbeitslosigkeit ist daher auch im Handwerk beträchtlich.

Das ostpommersche Handwerk hat den schwierigen Verhältnissen nicht tatenlos gegenübergestanden. In der Zähigkeit und Ausdauer, mit der es nach Kriegsende seine Betriebe wieder aufbaute, versucht es, ihrer Herr zu werden. In Erkenntnis der Bedeutung des Zusammenschlusses hat es sich mehr und mehr in Innungen organisiert. Im Regierungsbezirk Köslin sind insgesamt 246 Innungen vorhanden, darunter 101 Zwangsinnungen und 145 freie Innungen. Davon entfallen auf das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe 63, auf das Baugewerbe 34, das Holzbearbeitungsgewerbe 43, auf das Metallgewerbe 33, das Nahrungsmittelgewerbe 51 usf. Um sich den Forderungen der modernen Zeit mehr und mehr anpassen zu können, bildet sich das Handwerk in Kursen weiter. Der Ausbildung des Nachwuchses in Meisterlehre und Berufsschule wird die größte Sorge zugewandt. Das ständige Anwachsen der Motorenbetriebe zeigt, daß das Handwerk daran geht, die Produktion so wirtschaftlich wie möglich zu gestalten. Leider hat es sich verhältnismäßig wenig in Genossenschaften zusammengeschlossen. Immerhin bestehen lebenskräftige Genossenschaften in einer Reihe ostpommerscher Städte, auch in den Grenzkreisen. Um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich zu lenken und die Kauflust zu wecken, stellt das Handwerk mehr und mehr auch die Reklame in seinen Dienst. Neben der Einzelreklame wird vielfach zu Gemeinschaftswerbungen der fachlichen und örtlichen Organisationen gegriffen. Es kann u. a. von manch wohlgelungener Ausstellung auch in den Grenzbezirken berichtet werden, die der Kundschaft den Wert guter Handwerksarbeit in allen Zweigen des Handwerks vor Augen führte.

Durch Selbsthilfe allein aber kann das ostpommersche Handwerk die schwierigen Verhältnisse nicht meistern. Staat und Allgemeinheit müssen mithelfen, sonst ist der Zeitpunkt abzusehen, an dem die Vernichtung der ostpommerschen handwerklichen Betriebe Wirklichkeit geworden ist. Das Handwerk ist in der Produktion unentbehrlich, und es ist wegen seiner Bodenständigkeit unentbehrlich an der ostpommerschen Grenze. Die Hilfe des Staates möge vor allem in weitgehendster Auftragserteilung, weiter in der Fernhaltung ungesunder Konkurrenz und schließlich in der Verminderung der Lasten bestehen. Die Allgemeinheit kann ihrerseits durch Auftragserteilung und durch pünktliche Bezahlung der Handwerksrechnungen helfen. Möge diese Hilfe nicht zu spät kommen.

Die vorstehenden Ausführungen sollten dem Handwerk in Ostpommern besonders gewidmet sein. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß die unglückliche Grenzziehung sich auch auf Mittelpommern mit der Provinzialhauptstadt Stettin sehr stark auswirkt. Das Handwerk in diesen Gebieten befindet sich daher in ähnlicher Not, wie das unmittelbare Grenzhandwerk und bedarf also der Hilfe des Staates in ähnlicher Weise.

Polen gegen die deutschen Häfen.

Daß der polnische Nationalhafen in Gdingen nicht nur für Danzig eine Gefahr ist, sondern auch die reichsdeutschen Ost- und Nordseehäfen, insbesondere Königsberg und Stettin, aber auch Hamburg und Bremen in Mitleidenschaft zieht, ist im Laufe der letzten Jahre deutlich in Erscheinung getreten. In letzter Zeit befaßt sich die polnische Öffentlichkeit wieder besonders eingehend mit der Frage, wie die Ein- und Ausfuhr Polens noch stärker als bisher über die beiden Häfen des polnischen Zollgebietes, Danzig und besonders Gdingen, gelenkt werden kann. Mit welchem Erfolg die polnische Regierung bisher schon an diesem Ziel gearbeitet hat, geht aus nachfolgender Aufstellung hervor; hiernach hat der seewärtige Außenhandel Polens (über Danzig und Gdingen) in den Jahren 1922 bis 1929 folgende Hundertteile des polnischen Gesamtaußenhandels betragen.

1922	7 %	1924	13 %	1926	27 %	1928	42 %
1923	8 %	1925	15 %	1927	31,2 %	1929	54 %

Es handelt sich für Polen in allererster Linie darum, von der deutschen Handelsvermittlung und von den reichsdeutschen Häfen unabhängig zu werden, denn die Güter, die heute noch über die deutschen Häfen von Polen ausgeführt bzw. dorthin eingeführt werden, sind besonders geeignet, in Zukunft über die polnischen Häfen geleitet zu werden. Dabei ist zu beachten, daß der polnische Außenhandel, soweit er über fremde Häfen geht, zu 85 v. H. seinen Weg über reichsdeutsche Häfen nimmt.

Die obige Aufstellung zeigt, daß seit 1929 mehr als die Hälfte des polnischen Gesamtaußenhandels über Danzig und Gdingen geht. Da es sich bei den in diesen Häfen umgeschlagenen Gütern zu mehr als 90 v. H. um geringwertige Massengüter handelt, verschiebt sich die Beteiligung der polnischen Häfen an der Gesamtausfuhr ganz wesentlich, wenn man nicht die Menge, sondern den Wert der Ausfuhr betrachtet. Der wertmäßige Anteil Danzigs und Gdingens am polnischen Außenhandel hat 1927 25,9 und 1928 28,2 v. H. betragen und ist 1929 auf 27,3 v. H. gesunken. Das bedeutet, daß der Durchschnittswert einer Tonne der über die Landgrenzen ein- und ausgeführten Güter den Durchschnittswert, der in den polnischen Häfen umgeschlagenen Güter ganz wesentlich übersteigt. Der Tonnendurchschnittswert der letzteren hat im Jahre 1929 im Gesamtverkehr 147 Zloty (in der Ausfuhr 83, in der Einfuhr 481 Zloty) betragen, dagegen hat der Durchschnittswert, der über fremde Häfen nach oder von Polen transportierten Güter im gleichen Jahre das siebenfache, nämlich 1.065 Zloty (in der Ausfuhr 429, in der Einfuhr 2352 Zloty) betragen. Im allgemeinen werden also die geringwertigen Massengüter über die polnischen, die hochwertigen Güter über die fremden, vor allem die reichsdeutschen Häfen, befördert.

Nach deutschen amtlichen Berechnungen sind in den Jahren 1926 bis 1929 folgende für Polen bestimmte oder aus Polen stammende Güter über deutsche Häfen befördert worden (in 1000 Tonnen):

1926	aus Polen 4.486,	nach Polen 174,	insgesamt 4.860
1927	„ „ 760,	„ „ 289,	„ 1.049
1928	„ „ 738,	„ „ 307,	„ 1.045
1929	„ „ 532,	„ „ 165,	„ 737

Daraus geht hervor, daß (wenn man das infolge des englischen Kohlenbergarbeiterstreikes anormale Jahr 1926 unberücksichtigt läßt) ein fortdauernder Rückgang des polnischen Außenhandels über die deutschen Häfen zu verzeichnen ist. Das ist eine Entwicklung, die auch in Zukunft noch weitere Fortschritte machen wird, da Polen alle Mittel anwendet, um von der Vermittlung der deutschen Häfen frei zu werden. Deutschland wird also die Gewinne, die es aus dem über seine Häfen gehenden polnischen Transit zieht, allmählich verlieren, wenn es nicht gelingt, den Maßnahmen der polnischen Regierung, namentlich im Gebühren- und Tarifwesen entsprechende Vergünstigungen entgegenzustellen. Daß es sich um ganz ansehnliche Summen handeln würde, die bei einer weiteren Abwanderung des polnischen Transits von den deutschen zu den polnischen Häfen der deutschen Volkswirtschaft verlorengehen würden, ist aus einer polnischen Aufstellung zu entnehmen, die folgende Angaben enthält: die deutsche Reichsbahn hat aus dem polnischen Transport jährlich etwa 45 Millionen Zloty Einnahme zu verzeichnen; die deutschen Schiffahrtsgesellschaften verdienen jährlich 22,5 Millionen Zloty, die Häfen an Gebühren usw. 6½ Millionen Zloty; die Gewinne des deutschen Zwischenhandels werden bei der Ausfuhr mit 35 Millionen Zloty für den selbständigen Kaufmann und mit 17,5 Millionen Zloty für den Handelsvermittler, bei der Einfuhr mit 75 Millionen Zloty, für den selbständigen Kaufmann und mit 12½ Millionen Zloty für den Handelsvermittler geschätzt. Insgesamt beträgt somit der Verdienst deutscher Stellen an dem polnischen Außenhandel, soweit er über deutsche Häfen geht, 214 Millionen Zloty (1 Zloty = 0,50 RM).

Diese Summen, die heute noch der deutschen Wirtschaft zufließen, der polnischen Wirtschaft zuzuführen, zieht die Warschauer Wirtschaftspresse und mit ihr die polnische Regierung als eine wichtige und mit allem Nachdruck zu lösende Aufgabe an. Dabei wird der polnische Kaufmann, der es gewohnt ist, die Ware franko Grenze zu kaufen bzw. zu verkaufen, und der sich wenig darum kümmert, wie die Ware zu ihm gelangt bzw. auf welchem Wege sie ihrem ausländischen Bestimmungsort zugeführt wird, scharf kritisiert. Es wird darauf hingewiesen, daß die polnische Handelsbilanz in den letzten vier Jahren mit 1775 Millionen Zloty passiv war, während in dem gleichen Zeitraum deutsche Stellen 650 Millionen Zloty am polnischen Außenhandel verdienten. Die deutschen Häfen sollen völlig aus dem Außenhandel Polens ausgeschaltet werden. Als geeignete Mittel werden hierbei empfohlen: der weitere Ausbau der polnischen Häfen und der polnischen Schiffahrt, die Unterstützung der seewärtigen Ein- und Ausfuhr durch Hafenvorzugszölle, ermäßigte Eisenbahntarife nach den Häfen, Prämiierung der Ausfuhr über die polnischen Häfen, Gewährung besonderer Vorrechte für die Einfuhr über diese, Erleichterungen im Steuer-, Akzise-, Konzessions- und Kreditwesen u. a. m. (Es versteht sich von selbst, daß diese Vorteile nicht so sehr dem Danziger Hafen, der ja niedergekämpft werden soll, sondern vielmehr dem Hafen von Gdingen zugute kommen sollen, wie es jetzt schon in großem Umfange geschieht.)

Für die deutschen Häfen ist es angesichts der staatlichen Maßnahmen Polens äußerst schwierig, dem scharfen Wettbewerb Gdingens zu begegnen; welcher Art die Schwierigkeiten sind, ist aus einem Beispiel, der Ablenkung des polnischen Baumwollimportes von Bremen nach Gdingen, zu ersehen. Es ist vorgesehen, daß bereits im Jahre 1931 das Verhältnis der über Bremen und Gdingen importierten Baumwolle für die polnische Textilindustrie 70 : 30 betragen soll. Das Verhältnis soll sich im Laufe der nächsten Jahre dauernd zugunsten Gdingens verändern. Es wird mit allen Mitteln danach gestrebt, in Gdingen einen selbständigen Baumwollhandel einzurichten, wobei die Arbitrage in Liverpool stattfinden soll. Zwischen Gdingen und den großen Baumwollexporthäfen New Orleans, Galvestone und Savannah soll ein direkter Schiffsverkehr für Baumwolltransporte eingerichtet werden. Skandinavische Schiffahrtsgesellschaften haben sich bereit erklärt, den Transport nach Gdingen zu den gleichen Sätzen wie nach Bremen zu übernehmen. Inzwischen hat auch die polnische Regierung bereits die Eisenbahnfracht für über Gdingen eingeführte Baumwolle auf der Strecke Gdingen—Lodz um 10,2 v. H. gesenkt, so daß die Fracht Gdingen—Lodz heute 4,28 Zloty je Doppelzentner billiger als die Fracht Bremen—Lodz ist. Dagegen ist die Fracht von der deutsch-polnischen Grenze nach Lodz so hoch gehalten, daß sich der Transport über Gdingen selbst dann noch billiger als der über Bremen stellen würde, wenn die deutsche Reichsbahn die Baumwolle von Bremen zur deutsch-polnischen Grenze unentgeltlich befördern würde. Bereits in den nächsten Monaten wird Gdingen, zumal noch weitere Tariferleichterungen zu erwarten sind, als Baumwollimporthafen eine für den Bremer Baumwollimport recht fühlbare Bedeutung erlangen. Trotz alledem wird auch jetzt noch der Plan der Regierung, Gdingen zum nationalen Baumwollhafen zu machen, in den Kreisen der polnischen Textilindustrie vielfach mit einigem Unbehagen verfolgt, da man es gewohnt ist, seine Ware über Bremen zu beziehen, wo man alte Handelsbeziehungen besitzt und jederzeit das passende Sortiment erhalten kann, während es noch eine offene Frage ist, ob sich die Baumwolleinfuhr über Gdingen reibungslos wird abwickeln können. — Ein anderer Fall aus der jüngsten Vergangenheit sei noch erwähnt: Mit Wirkung vom 1. März hat die polnische Staatsbahn den **Frachttarif für Zink von Oberschlesien nach Gdingen und Danzig** ermäßigt. Dadurch werden die Oderschiffahrt, Stettin und die von diesem Hafen ausgehende Seeschiffahrt empfindlich getroffen, weil mit einer **Abwanderung des polnischen Zinkexportes von Stettin** nach dem polnischen Hafen in größerem Umfange zu rechnen ist. Der Oderschiffahrt und der Reichsbahn wird nichts anderes übrigbleiben, als durch eine Senkung ihrer Frachttarife den Anreiz für Benutzung ihres Weges zu vergrößern.

Von reichsdeutscher Seite sind Gegenmaßnahmen gegen die polnische Transportunterbietung erfolgt: **Die deutschen Eisenbahntarife von den Häfen über die Landgrenze nach Polen sind kürzlich herabgesetzt** worden. Außerdem beklagt sich die polnische Presse darüber, daß die „**Baltische Konferenz**“ in Newyork (das ist die Organisation der Schiffahrtsgesellschaften, die Güter **von Newyork nach den baltischen Häfen** befördern) beschlossen hat, die **Gütertarife** auf diesen Linien **zu erhöhen**. Die polnische Presse befürchtet, daß als Folge eine Abwanderung der für Polen bestimmten amerikanischen Güter nach den deutschen und holländischen Häfen eintreten werde. **Der Konkurrenzkampf zwischen Gdingen und den reichsdeutschen Häfen ist in vollem Gange.** Kampftarife der deutschen Schiffahrt und der Reichsbahn sowie die überragende Vermittlerrolle des deutschen überseehandels im Verkehr der ausländischen Exporteure mit der polnischen Industrie werden den Polen trotz aller Vergünstigungen für Gdingen die Durchführung ihrer Absicht wahrscheinlich erschweren, aber sie werden nicht ausreichen, um den polnischen Bestrebungen auf die Dauer widerstehen zu können. Polen ist hier jedenfalls ein Gegner, der ernst genommen werden muß.

Dr. K.

Das Ostseejahr 1931.

Endlich ist es einmal gelungen, alle am Ostseeverkehr interessierten Kreise zu einer Arbeitsgemeinschaft für ein Jahr zusammenzuschließen. Auf Anregung der Nordischen Gesellschaft in Lübeck hat sich ein internationaler Arbeitsausschuß für das Ostseejahr 1931 gebildet, der die dänischen, schwedischen, finnländischen, estnischen und lettischen Interessenten, Danzig und Memel und die gesamten deutschen Ostseestädte (ohne Stettin) und Ostseebäder umfaßt. Eine gemeinsame großzügige Werbung ist bereits im Gange, die die Augen der europäischen Welt auf die Vorzüge der Ostsee als Erholungs- und Reisegebiet, darüber hinaus aber auch auf die große, bisher nicht genügend gewürdigte kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung des gesamten Ostseegebietes hinlenkt. Alle Veranstaltungen an der Ostsee während des ganzen Jahres 1931 sind unter einem gemeinsamen Programm zusammengefaßt. Man staunt, wenn man erfährt, daß dies über 200 sind an Ausstellungen, Kongressen, Festspielen, Musikwochen, Sportveranstaltungen, Sommerfesten, Messen, Ferienkursen usw. Das Ganze steht unter der Befürwortung eines Ehrenausschusses, dem eine große Zahl einflußreicher und maßgebender Persönlichkeiten der verschiedenen Ostseeländer, die Oberbürgermeister und Bürgermeister der deutschen Ostseestädte und die Führer des Bäder- und Verkehrswesens der Ostsee angehören. Der Deutsche Ostbund ist im Ehrenausschuß durch Herrn Präsidenten Ginschel vertreten.

Das Ostseejahr 1931 wird am 14. und 15. Mai in Lübeck eröffnet, von wo die Anregung ausging und wo auch der Sitz der Geschäftsführung dieses großzügigen Werbeunternehmens ist. Von hier wird am Vortage (Himmelfahrtstag) der Zeppelin einen Rundflug um die Ostsee unternehmen und in Travemünde eine Verkehrskonferenz abgehalten werden. Am Freitag, den 15. Mai, vormittags ist ein Festakt im Lübecker Stadttheater, nachmittags die Uraufführung eines Ostsee-Festspieles von Hans Henny Jahnn unter Regie von Jürgen Fehling und abends Festbeleuchtung der Marienkirche. Von den Ausstellungen des Ostseejahres seien besonders die Nordische Hafen-, Schiffahrts- und Verkehrsausstellung in Kiel vom 16. Mai bis 7. Juni, die internationale Luftfahrtausstellung in Stockholm vom 17. Mai bis 2. Juni, die Meierei-Landesausstellung in Kopenhagen vom 14. bis 19. Juli und die Reise- und Verkehrsausstellung „An die Ostsee — über die Ostsee" in Lübeck vom 6. bis 21. Juni erwähnt. Diese letzterwähnte besucht dann als Wanderausstellung noch sieben mittel- und süddeutsche Großstädte. Unter den Festspielen usw. seien diejenigen der Waldoper Zoppot, Ende Juli und Anfang August, das Bachfest in Königsberg im September und die deutschnordische Orgelwoche in Lübeck vom 1. bis 8. August genannt, ohne daß damit ein Vorrang vor den übrigen Veranstaltungen bezeichnet sei. Es kann nur empfohlen werden, sich das große Programm der Gesamtveranstaltungen des Jahres von einer der deutschen Stadt- bzw. Badeverwaltungen an der Ostsee oder der Geschäftsstelle, Lübeck, Breite Str. 50, zu verschaffen. In diesem Zusammenhang sei auch noch auf einen neuen Ostseefilm hingewiesen, den die Leitung des Ostseejahres 1931 durch den Maler Alfred Mahlau und Dr. F. J. Domes hat herstellen lassen. Er wird in diesem Jahr überall gezeigt werden. An einem solchen künstlerisch gesehenen laufenden Gesamtbild der Ostsee mangelte es bisher stets.

Die polnische Minderheit in Danzig beschwert sich.

Zum ersten Male seit Jahren liegen die Haushaltspläne von Staat und Stadt vor dem Beginn des neuen Etatsjahres ausgeglichen und von Volkstag bzw. Stadtbürgerschaft ordnungsgemäß verabschiedet vor. Dieses Ergebnis wurde in mehreren Nachtsitzungen von teilweise zwölf- und dreizehnstündiger Dauer, vom frühen Nachmittag bis zum frühen Morgen, ermöglicht.

Von den beiden Polen, die dem Volkstag angehören, ergriff der Abgeordnete Czarnecki bei der dritten Lesung zum Kultusetat das Wort zu längeren Ausführungen, um allerlei Beschwerden der polnischen Minderheit vorzubringen. Ein Volksstamm, der durch Gewaltmaßnahmen selbst in ehemaligen deutschen Gebietsteilen in die Rolle der Minderheiten gedrängt worden ist, wird immer geneigt sein, auch die Wünsche der Minderheiten im eigenen Lande aufmerksam anzuhören. Das war auch bei dem größten Teil der Abgeordneten in Danzig während der Rede Czarneckis der Fall. Wenn dieser aber zum Schluß ausrief „den Minderheiten in Polen geht es besser, als der polnischen Minderheit in Danzig", so rief er mit Recht Widerspruch hervor, denn in dem Notenwechsel, der zwischen Danzig und Polen eben wegen polnischer Minderheitenbeschwerden vor dem Hohen Kommissar des Völkerbundes schwebt, und der kürzlich durch ein „gewichtiges" neues Dokument von beiläufig etwa 200 Seiten vermehrt wurde, hat die Danziger Regierung durch Gegenüberstellung mit der Lage der deutschen Minderheiten in Polen den Nachweis geführt, daß es den Polen in Danzig in keinem Fall schlechter, wohl aber in manchen Fällen besser geht als den Minderheiten in Polen.

Herr Czarnecki beschwerte sich, daß die in der Verfassung verbrieften Rechte der Danziger Staatsbürger polnischer Zunge nicht realisiert seien und sprach in diesem Zusammenhange einmal von der „polnischen Freistadtbevölkerung" und im selben Atem von den „polnischen Freistadtbürgern". Diese Begriffe aber machen den entscheidenden Unterschied aus. Denn dagegen wendet sich ja gerade Danzig, daß Polen die rechtliche Gleichstellung seiner Staatsbürger mit den Danziger Staatsangehörigen in der Freien Stadt verlangt.

Die polnische Regierung beruft sich bei ihrer Forderung auf die Danziger Verfassung, den Versailler Vertrag (Art. 104,5), die Paragraphen 7, 8, 9 des Minderheitenabkommens und dem Artikel 33 des Pariser Vertrages, in dem es heißt:

„Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, auf die Minderheiten der Rasse, Religion oder Sprache Bestimmungen anzuwenden, die denjenigen ähnlich sind, welche von Polen in Ausführung des Kapitels I des in Versailles am 28. Juni 1919 zwischen Polen und den alliierten und assoziierten Hauptmächten geschlossenen Vertrages auf dem polnischen Gebiete angewendet werden, namentlich dafür Sorge zu tragen, daß in der Gesetzgebung und in der Leitung der Verwaltung kein Unterschied zum Nachteil der polnischen Staatsangehörigen und anderen Personen polnischer Herkunft oder polnischer Sprache gemacht wird, entsprechend dem Artikel 104, § 5 des Vertrages von Versailles mit Deutschland.

Die Bestimmungen der Artikel 14—19 des Vertrages, der in Versailles zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Polen am 28. Juni 1919 abgeschlossen worden ist, sowie die Bestimmungen des Artikels 98 des Vertrages von Versailles mit Deutschland finden auf die Freie Stadt Danzig in gleicher Weise Anwendung."

Die polnische Regierung schließt nun aus diesen Bestimmungen, daß der mit „namentlich" beginnende zweite Satz des 1. Absatzes des Artikels 33 ein sich aus dem im 1. Satz ausgesprochener allgemeiner Grundsatz sich ergebender besonderer Folgesatz sei. Da im 2. Satz zu den berechtigten Personen „polnische Staatsbürger und andere Personen polnischer Abstammung und Sprache" hinzugezählt seien, so sei hieraus zu schließen, daß im Hauptsatz nicht die gewöhnlichen Minderheiten (die Staatsbürger), sondern auch die fremden Staatsangehörigen, welche in dem betreffenden Staate wohnten, einbegriffen seien. Sonst würde man zu der absurden Schlußfolgerung kommen, daß die Einzelbestimmung eine weitergehende Bedeutung als der allgemeine Grundsatz habe.

Die Danziger Regierung ist demgegenüber der Ansicht, daß die polnische Auffassung zu dem noch unsinnigeren Schlusse führen würde, daß jedweder Staatsbürger irgendeiner Minderheit, d. h. alle Staatsangehörigen aller Staaten der Welt, dem Danziger Staatsbürger gleichzubehandeln sei. Das würde aber „mit dem Begriff, dem Interesse und der Würde eines Staatswesens unvereinbar" sein.

Die Danziger Regierung sollte meines Erachtens im weiteren Verlauf des Rechtsstreits auf den Bericht des Barons Ishii hinweisen, der sich mit dem Schutz Danzigs beschäftigt, der am 17. November 1920 vom Völkerbundsrat angenommen wurde und der beweist, daß eine solche absurde Schlußfolgerung auch nicht der Rechtsauffassung des Völkerbundes entsprechen kann. In dem Bericht heißt es nämlich, „daß alle die Danzigs Handlungsfreiheit einschränkenden Bestimmungen nur bezwecken, Polen den freien Zugang zum Meere zu sichern", daß aber der Grundsatz für die Garantie der Verfassung und der Danzig zugestandene Schutz des Völkerbundes der ist, „daß die Freie Stadt in der internationalen Organisation Europas ein Staatsgebilde darstellen soll, das gegen jede ungehörige Einmischung irgendeines Landes geschützt werden und ein regelrechtes Eigenleben haben soll". Auch Clemenceau spricht in seiner Mantelnote vom 16. September 1919, in der er betont, daß die Danziger Einwohner „nicht unter die Herrschaft Polens kommen sollen", nur von „gewissen wirtschaftlichen Rechten" der Polen in Danzig und auch davon nur im Zusammenhang mit „jenem freien und sicheren Zugang zum Meer". In der Antwortnote der Alliierten vom gleichen Tage wird der deutsche Charakter Danzigs ausdrücklich anerkannt, „gerade aus diesem Grunde geht der Vorschlag nicht dahin, die Stadt dem polnischen Staate einzuverleiben".

Sie würde aber automatisch allmählich unter die Herrschaft Polens kommen, wenn die polnische These, alle Polen seien den Danziger Staatsbürgern gleichzubehandeln, anerkannt würde, denn dann gäbe es ja keine Schranken für den Zustrom polnischer Arbeitskräfte nach Danzig, für Niederlassung und Grunderwerb usw., dann würde dem deutschen Staat Danzig in des Wortes voller Bedeutung der Boden unter den Füßen weggezogen und sein deutsches Kulturleben ersticken. Bezeichnend ist in dieser Beziehung ein Ausspruch des Abgeordneten Czarnecki im Volkstag: „Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung der Freien Stadt ist unbestritten. Hieraus kann jedoch meines Erachtens für sie ein Monopolanspruch auf die Unbeirrbarkeit in der Interessenverteidigung unserer Stadt kaum hergeleitet werden." Und solche Ausführungen werden von polnischer Seite in einem Zeitpunkt

gemacht, in dem durch den Ausbau von Gdingen auch der einzige Grund für die Abtrennung Danzigs vom Reich („weil es kein anderes mögliches Mittel gab, Polen den freien Zugang zum Meere zu sichern") und für die „Danzigs Handlungsfreiheit einschränkenden Bestimmungen" durch Polens Verhalten hinfällig geworden ist.

Im übrigen unterscheidet das Minderheitenabkommen im Sinne des Danziger Standpunktes zwei Arten von Minderheiten. Es gewährt den eigenen Staatsangehörigen Rechte gewisser Art und den fremden Staatsangehörigen andere von geringerer Art. Daraus ergibt sich die Kongruenz der Sätze 1 und 2 des Artikels 33 des Pariser Vertrages und die Törigkeit der polnischen Auffassung. Friedrich Albert Meyer.

*

Danzig will nicht mehr polnische Flottenbasis sein.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat das Danzig-polnische Abkommen über das Anlegerecht polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen gekündigt, da er auf dem Standpunkt steht, daß Danzig keinerlei Flottenbasis sein darf und nunmehr der Gdingener Hafen genügend ausgebaut ist, um als Stations- und Winterhafen für die polnischen Kriegsschiffe zu dienen. Das erwähnte Abkommen wurde am 8. Oktober 1921 auf Veranlassung des Generalsekretärs des Völkerbundes geschlossen. Der Generalsekretär des Völkerbundes hatte der Danziger Regierung durch den damaligen Kommissar, den Engländer Sir Richard Haking, nahe legen lassen, einstweilen den polnischen Kriegsschiffen besondere Vergünstigungen einzuräumen, da die Schiffe Schwierigkeiten hätten, während des Winters einen schützenden Hafen zu finden. Eine besondere Vereinbarung sah vor, daß dieses Abkommen zum 1. Juli 1931 mit dreimonatiger Frist, d. h. am 1. April 1931 gekündigt werden kann.

*

Polens Kampf gegen die deutsche Wissenschaft.

Der „5. Allpolnische Geographen-Kongreß", der ursprünglich dieses Jahr in Wilna stattfinden sollte, ist für den 24. bis 26. Mai nach Gdingen einberufen worden. Die polnische naturwissenschaftliche Zeitschrift „Czasopismo Przyrodnicze" schreibt dazu: „Die Tagung weckt nicht nur ein großes wissenschaftliches, sondern auch politisches Interesse, da zu gleicher Zeit die deutschen Geographen einen Kongreß in Danzig veranstalten, dem es nicht an politischem Gepräge mangelt. Deshalb soll die Tagung eine Antwort auf die seit einiger Zeit sich wiederholenden Angriffe der deutschen Geographen auf die Grenzsicherheit sein."

Bekanntlich findet der Deutsche Geographentag während der Pfingstwoche, vom 26. bis 28. Mai, in Danzig statt und hat die wissenschaftliche Behandlung der Ostsee und ihrer deutschen Küstenländer zur Aufgabe. Es muß als stark befremdend bezeichnet werden, daß diesem Programm ein provokatorischer Charakter gegenüber Polen unterschoben wird. Wenn jetzt zwei Tage vor dem deutschen Kongreß eine polnische „Konkurrenztagung" in Gdingen, nur 17 Km. von Danzig entfernt, abgehalten werden soll, so kennzeichnet diese Tatsache die seit dem Versailler Vertrag allgemein bekannte politische Einstellung der polnischen geographischen Wissenschaft von neuem mit aller nur wünschenswerten Klarheit. Das ungewöhnliche Verhalten der polnischen Geographen ist um so bedauerlicher, als es mühevoll geknüpfte Fäden internationaler wissenschaftlicher Beziehungen zu zerreißen droht. Der 24. Deutsche Geographentag in Danzig dürfte durch die polnische Gegenaktion allerdings nunmehr bedeutend an Interesse gewinnen.

*

Eigenartige Ordensverleihungen.

Vor kurzem sind dem Chefredakteur der in Danzig in deutscher Sprache erscheinenden polnischen Zeitung „Baltische Presse", Ruecker, je ein hoher norwegischer und dänischer Orden verliehen worden. Diese merkwürdige Demonstration der beiden Regierungen muß aufs höchste verwundern und in Danzig wie im Reiche geradezu als beleidigend empfunden werden, da die Ehrung dem Leiter eines Blattes zuteil geworden ist, das nur zur gehässigsten Bekämpfung des Deutschtums von der polnischen Regierung unterhalten wird und lediglich als amtliches polnisches Propagandaorgan anzusehen ist.

Verzerrungen im polnischen Spiegel.

Von Prof. Dr. F. Solger.

Vor mir liegen die deutschen Übersetzungen zweier polnischer Pressestimmen, die sich mit dem „Posener Heimatabend" des Deutschen Ostbundes am 11. März beschäftigen und dabei auch meinen Ausführungen ein volles Maß der Entrüstung widmen. Sie entstammen dem „Dziennik Poznanski" und dem „Tydzien Radziowy". Allerdings wenden beide sich nicht gegen mich, sondern gegen Herrn Professor Hoetzsch, obwohl Herr Präsident Ginschel noch in seiner Einführungsansprache allen Rundfunkhörern vernehmbar gesagt hatte, daß ich der Redner sei. Hatte der polnische Berichterstatter schon hier nicht scharf hingehört, so wiederholt sich das bei jedem Punkt meiner Ansprache, über den er sich erregt. Immer führt er meine Worte mit kleinen, aber sinnentstellenden Änderungen an. Ich will das nur an einigen Beispielen zeigen. Ich hatte die allgemein bekannte Tatsache erwähnt, daß Polen die Errichtung des Erzbistums Gnesen der Schenkfreudigkeit Ottos III. verdanke. Daraus macht der „Dziennik Poznanski", ich hätte Gnesen selbst für ein Geschenk des Deutschen Kaisers erklärt. Ich hatte die unleugbare Tatsache berührt, daß das Straßennetz der Posener Altstadt und die Anlage des Marktes noch von den deutschen Gründern im 13. Jahrhundert zeugten, und fuhr fort: „wenn das Rathaus auch im 16. Jahrhundert, in einer Zeit der Bekämpfung des deutschen Einflusses, erbaut worden ist, so ist es doch nicht ein Denkmal polnischer Baukunst, sondern stammt von einem italienischen Baumeister." Wenn der ehrliche Giovan Battista di Quadro noch lebte, würde er mir bestätigen, daß das die reine Wahrheit ist. Auch der „Dziennik" kann das nicht leugnen; um sich aber entrüsten zu können, schiebt er mir unter, ich hätte gesagt, „das einzige Gebäude, das nicht von den Deutschen erbaut wurde, wäre das Rathaus, das ein italienischer Architekt erbaut habe". Ich will den Leser nicht langweilen mit allen Verdrehungen des Gegners. Ich führe einfache geschichtliche Tatsachen an, der Pole formt sie in einen Angriff um und beklagt sich dann über diesen Angriff. Ich kann dem gegenüber nur das Wort des „Wandsbeker Boten" gebrauchen: „Nehmt doch die Wahrheit nicht so übel!"

Wesentlich schlimmer wird der Inhalt meiner Worte entstellt, wenn ich gesagt haben soll, „die Tatsache, daß die Polen auf dieses Land Anspruch erheben, entspringe nur polnischer Habgier". Ich hatte die Sonderstellung des Posener Landes innerhalb des heutigen Polen hervorgehoben, die Entwicklung eines polnischen Mittelstandes unter preußischer Pflege, lauter unbestrittene Dinge, und dann hatte ich gesagt, der besondere Wert, den die Polen heute auf dieses Land legten, beruhe auf diesem wirtschaftlichen Unterbau, der Preußen zu verdanken sei, nicht auf der Entwicklung eines nationalpolnischen Mittelpunktes in Posen. Es scheint mir nicht unwichtig, darüber etwas ausführlicher zu sprechen, als es die lapidare Kürze des Rundfunkvortrages gestattete. Die Mittelpunkte der polnischen Geschichte liegen schon seit Jahrhunderten nicht mehr in Posen, sondern um Warschau und allenfalls Krakau. An Posen aber knüpft sich die Tätigkeit des polnischen Westmarkenvereins, des Marcinkowski-Vereins, der den neu entstandenen Mittelstand mit polnischem Fanatismus erfüllt hat. Wieder ist es das gleiche Bild: Deutsche Kulturkräfte schaffen in Polen eine wirtschaftliche Gesundung. Das vergilt Polen aber nicht mit friedlicher Arbeit, sondern damit, daß es die so gewonnenen Kräfte gegen den deutschen Wohltäter in geschlossene Kampffront stellt. Wenn man das eine nationalpolnische Entwicklung nennen will, dann ist das etwa, als ob jemand eine Statue kauft, ihr den Kopf umdreht und nun behauptet, einen eigenen Kunststil geschaffen zu haben.

Am schlimmsten zeigt sich die Verzerrung in dem Spiegel des „Dziennik" bei meinen Schlußworten. Da soll ich gesagt haben, Posen müßte in den territorialen Bereich des Deutschen Reiches zurückkehren. Der Abdruck meiner Worte in Nr. 11 des „Ostlandes" ermöglicht es jedem Unparteiischen festzustellen, daß das eine freie Erfindung ist. Ich habe ganz etwas anderes gefordert, die Rückgabe an das deutsche Recht, das die Grundlage der bäuerlichen und bürgerlichen Kultur der deutschen Kolonisten gewesen ist, und zwar mit voller Zustimmung der polnischen Machthaber, die jene Kolonisten ins Land zogen, weil sie sie für dessen Entwicklung für unentbehrlich hielten. Glaubt der polnische Berichterstatter, daß diese Lebensluft wirklicher Kultur, die Achtung des Rechtes, auf das die herangezogenen Hilfskräfte Anspruch haben, nur im territorialen Bereich des Deutschen Reiches gewährleistet werden könne, dann gibt er damit rückhaltlos zu, daß kulturelles Leben in Polen keine Pflege erwarten darf und daß Dr. K. im „Ostland" Nr. 12 den Polen richtig gekennzeichnet hat mit den Worten: „Das eigne Recht schließt in der Mentalität des Polen das Recht des andern aus."

Darauf läßt sich aber keine Kultur aufbauen. Wollte der „Dziennik" mir beweisen, daß eine arteigne polnische Kultur wirklich nicht bestehe, daß die Wirkungen Polens immer nur machtpolitische waren, dann konnte er es nicht besser tun, als durch diesen Angriff, der zeigt, daß ihm der Grundgedanke der Kultur überhaupt noch nicht aufgegangen ist. Wir halten in Berlin einen Heimatabend ab, auf dem wir uns der Taten deutscher Kulturträger in Posen stolz und wehmütig erinnern. Was macht der Pole daraus? Durch verzerrte Wiedergabe einzelner Aussprüche sucht er sich ein machtpolitisches Werkzeug zu schaffen, um zum Schluß seinen „französischen Freunden die grundsätzlichsten Sicherheits- und Friedensgarantien in Europa in Erinnerung zu bringen". Er wäre undeutsch, wenn wir auch in den hysterischen Ton dieses Polen verfallen wollten. Wir haben keinen Grund, unsere sachliche Ruhe aufzugeben. Wir müssen nur fordern, daß die Kenntnis der kulturellen Tatsachen an unserer Ostgrenze endlich deutsches Gemeingut werde, wenn wir schon nicht erreichen können, daß ganz Europa sie so sieht, wie sie sind.

Um die Revision der Ostgrenzen.

Korridor — Litauen.

Ein Extrablatt des „Paris Midi“ brachte am 28. März eine sensationell aufgemachte Depesche aus Kowno, in der die politische Welt durch die Nachricht alarmiert werde, die deutsche Regierung beabsichtige noch vor der Einberufung der Abrüstungskonferenz im Völkerbunde in kategorischer Weise die Forderung auf Rückgabe Pommerellens zu erheben. Die diesbezüglichen Vorschläge der deutschen Regierung seien, laut der mysteriösen Kownoer Depesche des Pariser Blattes, folgende:

1. Polen gibt Deutschland Pommerellen mitsamt dem ganzen Netzedistrikt zurück.

2. Deutschland garantiert Polen die in Pommerellen erworbenen Rechte und willigt in den Abschluß eines internationalen Vertrags mit der zusätzlichen Garantie der alliierten Staaten, daß Polen die Benutzung des freien Zutritts zum Meere zusteht.

3. Pommerellen wird ebenso im deutschen Besitze sein, wie die demilitarisierte Rheinlandzone. Deutschland wird kein Recht haben, dort Militärgarnisonen zu halten.

4. Deutschland wird Polen alle für den Bau von Gdingen gemachten Ausgaben zurückerstatten und auch die von Polen der Firma Schneider-Creuzot gegenüber für den Bau der Bahn Oberschlesien—Gdingen eingegangenen Verpflichtungen übernehmen.

5. Deutschland wird Litauen dazu zwingen (!), sich mit Polen in der Weise zu verständigen, daß Memel als polnisch-litauisches Kondominium Polen zum Gebrauch überlassen wird. Auf diese Weise soll Polen in Memel dieselben Rechte haben wie Litauen.

Schließlich wird Litauen an Polen eine freie Zone im Hafen von Libau (!!) abtreten.

Die Erfinder dieser Depesche haben es offenbar sehr eilig gehabt, sonst hätte ihnen bei einer Überprüfung ihres Inhalts wohl auffallen müssen, daß Libau in Lettland liegt, Litauen also gar nicht die Möglichkeit hat, Polen dort irgendwelche Rechte einzuräumen. Die „Deutsche Rundschau in Polen“, Bromberg, bemerkt dazu: „Die ganze Meldung ist nicht einmal eine Flasche billigen Weins wert, bei der solche Enthüllungen massenhaft produziert zu werden pflegen.“

Systematischer Kampf gegen die Revisionsgedanken unter französischer Führung.

In Warschau wurde vor einiger Zeit ein neuer Verein gegründet, der den Titel führt: „Polnisches Komitee zum Schutz des Friedens durch Achtung der Verträge.“ Bei diesem außenpolitischen Privatunternehmen sind einige verdrängte Politiker beteiligt wie z. B. Professor Dembinski als Vorsitzender und der ehemalige Piast-Abgeordnete Dembski als Vizepräsident.

Diese Gesellschaft veranstaltete in den Räumen des Französischen Instituts eine Kundgebung gegen die deutschen Revisionsbestrebungen, wozu ein Herr Cheradame aus Paris, ein Publizist, der sich vor dem Kriege durch seine Tätigkeit auf dem Balkan einen gewissen Namen gemacht hat, als Vortragender eingeladen war. Dieser hielt eine Rede, in der er folgende drei Grundsätze aufstellte: 1. Die Politik der Bündnisse habe vor dem Weltkriege durch 43 Jahre den Frieden Europas aufrechterhalten (die beste Friedensgarantie war damals wohl die Stärke der deutschen Armee!) 2. der Völkerbund besitze trotz seines großen Apparates leider keine Exekutive (dem kann man nur zustimmen. Siehe Minderheitenfrage!) 3. die Politik des Zugeständnisses sei überaus gefährlich (nicht für den Frieden, sondern für die kriegsbereite Machtpolitik Frankreichs und seiner Trabanten!). Cheradame gelangte zu der Überzeugung, daß es am besten sei, ein Kompromiß zwischen dem „Idealismus“ des Völkerbundes und dem „Realismus“ der Verträge zu schließen (d. h. man soll vom Frieden sprechen, um umso ungestörter zum Kriege rüsten zu können). Im polnisch-französischen Bündnis habe solch ein Kompromiß Ausdruck gefunden. Cheradame polemisierte dann überaus heftig gegen die deutsche Revisionspropaganda. — Er hat seine Komitees auch in Südslawien und in der Tschechoslowakei gegründet. So teilte z. B. die Belgrader „Pravda“ vor einiger Zeit mit, daß man in der südslawischen Hauptstadt Belgrad ein Komitee zu dem Zweck gegründet habe, in ganz Südslawien nationale Organisationen zu schaffen, die gegen die Revision der Friedensverträge arbeiten sollen. „Der Kampf für die Revision der Friedensverträge“, so fügt die serbische Zeitung hinzu, „hat alle aufrichtigen Pioniere des Friedens zum Zusammenschluß gegen die neue Offensive der Friedensstörer unter den Völkern aufgerüttelt“. Das Ziel dieser Komitees, hinter denen als treibende Kraft natürlich Frankreich steht, ist also die Entfaltung einer Aktion, die sich gegen die Grenzrevisionsbestrebungen Deutschlands richtet. Daß Frankreich solche Mittel anwendet, beweist immerhin, wie ernst es das Vordringen der Revisionsbewegung im Auslande nimmt.

Edgar Wallace „macht in Politik“.

Der weltbekannte Verfasser ungezählter Detektivromane, Edgar Wallace, ist Chefredakteur der „Sunday News“ in London, des bekannten Londoner Wochenblattes mit einer Halbmillionenauflage geworden, und hat damit einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Bildung der englischen Volksmeinung auch über Fragen erlangt, die für Deutschland Lebensfragen sind. Kürzlich nun empfing Wallace den Vertreter eines polnischen Blattes, der ihn fragte, ob es wahr sei, daß er unfreundliche Gefühle gegenüber Polen hege. „Das ist vollkommener Unsinn,“ antwortet Wallace, „denn nur ein vollkommener Ignorant in politischen Dingen kann solche Gefühle gegenüber einem Lande hegen, das Jahrhunderte hindurch zum Schutze der Freiheit und des freien Fortschritts der Völker bereitstand.“ Nun: die Mär vom „edlen“ Polen ist gerade so wahr, wie der Inhalt einer Detektivgeschichte des vielgelesenen Romanschriftstellers.

Der Pole fragte den Briten weiter, was wahr daran sei, daß er für die Rückgabe des polnischen Korridors eingetreten wäre. „Niemals habe ich das vorgeschlagen,“ lautete die Antwort, „noch diesen Gedanken unterstützt. Ich sagte nur einmal zu einem kontinentalen Journalisten, die Korridorsache erfordere eine Besserung in dem Sinne, daß der Vorwand hinfällig werde, der Korridor könne einmal die Ursache zu einem Krieg werden. Wenn Sie meinen Vorschlag, eine Kriegsursache zu beseitigen, als einen unfreundlichen Akt gegenüber Polen betrachten, so können Sie mich zu den Feinden Polens rechnen, aber ich unterstreiche, daß ich das niemals war und niemals sein werde! Mich verbindet ein mächtiges Band der Freundschaft mit einem so edlen Polen wie Ignaz Paderewski (der dem Phantasten Wilson alle die Lügen einredete, die zum Raub des deutschen Ostens führten, und der persönlich am Raub Posens maßgeblich beteiligt war). Mein Verhältnis zu Polen werde ich wiederholt in den Spalten meines Blattes „Sunday News“ beleuchten.... Das Recht Polens auf einen freien Zugang zum Meer als Einfallstor in die weite Welt und als wirtschaftliche Befestigung seiner Existenz ist absolut unbestreitbar. Ich werde diesem Problem im Interesse der Sicherung des europäischen Friedens in den Spalten meines Blattes viel Platz einräumen....“

Was Wallace weiter über die Korridorfrage zu sagen haben wird, bleibt abzuwarten. Nach dem, was er dem polnischen Interviewer darüber zu sagen wußte, scheint er den Unterschied zwischen einem Detektivroman und einer politischen Angelegenheit noch nicht recht begriffen zu haben. Wenn er in seinem neuen Journalistenberuf mit der gleichen oberflächlichen Phantastik wie bei der Massenproduktion seiner „Werke“ verfährt, ist für Deutschland nicht viel Gutes von ihm zu erwarten. Er wird seine deutschfeindliche Gesinnung, die ihm auch in seiner „literarischen“ Arbeit schon häufig die Feder geführt hat, nachdem er nun ein Redaktionszimmer bezogen hat, auf anderem, für Deutschland gefährlicherem Gebiete zur Geltung zu bringen versuchen. Da Herr Wallace ein guter Geschäftsmann ist, der an den in die Zehntausende gehenden Auflagen seiner Romane in Deutschland eine gute Stange Geld verdient, würde es gewiß nicht ohne Eindruck auf ihn bleiben, wenn sich das deutsche Lesepublikum entschließen würde, seine Bücher nicht zu kaufen. Die Ostdeutschen insbesondere, die den polnischen Nachbarn aus unmittelbarster Anschauung kennen, haben kein Interesse daran, einem Mann die Taschen zu füllen, der seinen englischen Landsleuten die „Berechtigung“ der polnischen Anschauungen und Wünsche nahezubringen bemüht ist.

Eine andere englische Meinung.

Die deutsch-polnische Frage wurde von dem englischen Schriftsteller Wickham Steed in der „Sunday Times“ behandelt. Er weist auf die Ratifizierung des Handelsvertrages und des Liquidationsabkommens durch Polen hin und verspricht sich hiervon eine Verbesserung der Atmosphäre. Sodann legt er im einzelnen die großen Gefahren dar, die sich für Ostpreußen bei der gegenwärtigen Abtrennung vom Reich erheben, und verteidigt den Standpunkt, daß ein Ausgleich hinsichtlich des Korridors gefunden werden müßte. Polen müßte die deutsche Minderheit im Korridor mit besonderem Wohlwollen behandeln. Es sei wichtig, daß der Korridor so „unsichtbar“ wie nur möglich gemacht würde, so daß die Verbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich ohne Schwierigkeiten sich aufrechterhalten lasse.

Drei Dinge bilden nach der Ansicht Steeds die notwendige Voraussetzung einer solchen Regelung: 1. Deutschland müsse anerkennen, daß die Teilung Polens am Ende des 18. Jahrhunderts Europa bis zum Weltkrieg vergiftet habe und daß ein zufriedenes Polen im deutschen Interesse liege! (Das ist eine unerhörte Zumutung!) 2. Polen müsse anerkennen, daß seine Sicherheit und Wohlfahrt von einem freundschaftlichen und friedlichen Verkehr mit Deutschland abhänge und 3. müsse ein Abkommen zur Entmilitarisierung der gesamten Ostgrenze einschließlich von Posen, Pommerellen, Ostpreußen sowie Polnisch- und Deutsch-Oberschlesien zustandekommen. Diesem müßte Europa oder der Völkerbund Pate stehen.

Entschädigungswesen.

Liquidierte Ansiedler!

Herr Wehmeier übersandte uns nachstehende Zeilen:

Wie bereits bekannt, erhalten die annullierten und liquidierten Ansiedler jetzt eine Entschädigung vom Deutschen Reich, vertreten durch den Herrn Polenschädenkommissar, an Stelle der eingetragenen Forderung gegen den polnischen Staat. Diese Entschädigung wird jedoch nicht, wie anzunehmen ist, in bar voll ausgezahlt, sondern in Form von Schuldbuchforderungen des Deutschen Reiches, deren Fälligkeit je nach Höhe der Entschädigung sich ergibt. Diese Schuldbuchforderungen des Deutschen Reiches werden wiederum bei denjenigen Ansiedlern, welche sich durch Not der Zeit veranlaßt fühlten, ihre Wirtschaft durch die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt sanieren zu lassen, d. h. ein Darlehen von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt aufzunehmen, um damit ihre hochverzinslichen Schulden abzudecken, nicht voll überlassen, sondern den Betrag von 50 v. H. dieser Schuldbuchforderungen zieht die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt entsprechend den abgegebenen Erklärungen des Ansiedlers bei der Darlehensgewährung zur Abdeckung ein. Letzteres bestätigt eine nicht zu unterschätzende Härte den sanierten Ansiedlern gegenüber, zumal bei vielen nur ein ganz geringer Betrag zur Auszahlung kommt und infolgedessen der betreffende Ansiedler wieder in die Lage versetzt wird, hochverzinsliche Wechselkredite zu übernehmen und außerdem noch Schulden zu machen, was in der heutigen Zeit kaum zu umgehen ist, falls es ihm überhaupt möglich ist, Kredit aufzunehmen. Aus Billigkeitsgründen wäre es zweckmäßiger gewesen, vorgenannten Ansiedlern es zu überlassen, wieviel sie von ihrer Entschädigung zur Abdeckung des von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt gewährten Darlehens zu verwenden in der Lage waren. Wenn auch anerkannt werden muß, daß durch die Abdeckung der Darlehensschuld in Höhe von 50 v. H. der noch zu zahlenden Entschädigung eine erhebliche Verringerung der Zinsenlast darstellt, so fehlt andererseits den Siedlern wieder das Kapital, um ihre neuen Wirtschaften noch zu vervollständigen und außerdem eventuell noch einen Betrag zur Ansetzung ihrer erwachsenen Kinder in Händen zu haben. In vielen Fällen ist auch der Bruttowert der Ansiedlerstellen dem wirklichen Wert, welchen das Grundstück in Polen hatte, angenommen. Infolgedessen bedarf es auch hier noch einiger Abänderungen.

Die nicht sanierten Ansiedler haben den Vorteil, die gesamte Schlußentschädigung und die Polenentschädigung ausgezahlt zu erhalten, das von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt gewährte Darlehen mit 3½ v. H., ½ v. H. Amortisation und ⅛ v. H. Verwaltungsgebühren zu verzinsen und den Teil ihrer Entschädigung, welchen sie sofort gebrauchen, mit 6 v. H. von der Reichsschuldenverwaltung verzinst zu erhalten, wohingegen die sanierten Ansiedler 50 v. H. der Polenentschädigung, wie die Verhältnisse liegen, auf das Darlehen abzahlen müssen und ihnen somit die 6prozentige Verzinsung der Schuldbuchforderung verlorengeht. Für diesen Betrag haben sie allerdings die Zinsen von 4⅛ v. H. nicht zu zahlen, verlieren jedoch gegen die nicht sanierten Ansiedler 1⅞ v. H. Es wird beabsichtigt, Schritte zu unternehmen, um die Lage der liquidierten und annullierten Ansiedler, besonders der sanierten Ansiedler zu bessern.

Ansiedler, die in vorstehender Angelegenheit vertreten sein wollen, werden gebeten, sich an den Verfasser dieses Artikels, Wilhelm Wehmeier, Neuendorf, Kreis Grimmen (Vorpommern), zu wenden. Es wird ausdrücklich betont, daß Vollmachten, wenn sie auch unwiderruflich lauten, die bereits irgendeinem Vertreter gegeben wurden, jederzeit durch Einschreibebrief zu widerrufen sind. In diesem Falle ist es zweckmäßig, dem Herrn Polenschädenkommissar durch Einschreibebrief die Entziehung der Vollmacht mitzuteilen.

Bundesnachrichten.

Die Ostpolitische Schulungswoche,

die vom 2. bis 6. April im „Haus Ostland“ in Vetschau am Spreewald stattfand und von etwa 30 Teilnehmern aus Ost-, Mittel- und Westdeutschland besucht war, nahm einen für alle Beteiligten befriedigenden Verlauf. An die Vorträge über Jugendarbeit für den Osten, über Siedlungs- und ostpolitische Fragen schlossen sich jeweils ausgedehnte allgemeine Aussprachen und ein reger persönlicher Meinungsaustausch der einzelnen Tagungsteilnehmer an. Außer den im Tagungsplan vorgesehenen Rednern, Geh. Rat Schmid, Dr. Lüdtke, Dr. Thiele und Dr. Kredel und Schramm, sprach der Vorsitzende der Ortsgruppe Cottbus, Herr Schulrat Stüber, auf Bitten der Tagungsteilnehmer über die Wendenfrage. Über den Verlauf der Tagung wird im nächsten „Jungostmärker“ in der kommenden Woche eingehender berichtet.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Wir bitten die Ortsgruppen und Landesverbände, uns ihre Veranstaltungen im voraus bekanntzugeben, so daß in einem Versammlungskalender an dieser Stelle kurz darauf hingewiesen werden kann. Die Voranzeige darf nicht mehr als 1 bis höchstens 2 Zeilen umfassen. Die Aufnahme kann nur erfolgen gegen vorherige Einsendung einer Gebühr von 20 Pf., da wir wegen des kleinen Betrages weder Postgebühren aufwenden, noch die Buchhalterei beschweren können.

Ostbundversammlungen finden statt:

Ortsgruppe Süd. Monatsversammlung Montag, 13. April, 20 Uhr, in der Kindl-Brauerei, Neukölln, Hermannstr. 214. Vortrag: „Fliegerei im Kriege.“ Filmstreifen: „Z. R. 3“ auf der Fahrt nach Amerika.

Verein der Deutschen aus Nakel und Umgebung. Jahreshauptversamlung am 12. April, 17 Uhr, im großen Saal der Loge in Charlottenburg, Berliner Str. 61, Eingang Kirchhofstraße.

Ortsgruppe Mariendorf-Tempelhof. Monatsversammlung am Donnerstag, 16. April, 20 Uhr, in Beits Gesellschaftshaus, Tempelhof, Dorfstr. 21.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Ortsgruppe Oranienburg. In einer gemeinschaftlichen, außerordentlich gut besuchten Sitzung der Ortsgruppe und der „Heimatkundlichen Vereinigung“ in Oranienburg sprach am 25. März Dr. Franz Lüdtke über die Bedeutung der Ostmark für die deutsche Geschichte und Kultur. Er konnte die herkömmliche Geschichtsauffassung verschiedentlich berichtigen und stellte mit besonderem Nachdruck fest, daß die Mark Brandenburg und somit auch Oranienburg wiederum zur Ostmark gehörten. Er wies darauf hin, daß die Polen über ihre jetzige Grenze hinausstreben und in ihren kühnsten Wünschen das Reich Boleslaw Chobrys wiederherstellen, ja, die Erbschaft der einstigen Wenden antreten möchten. Nur eine zielklare Siedlungspolitik könne die Gefahr abwehren, da erfahrungsgemäß Grenzmarken dem zuzufallen pflegten, der in ihnen den Boden besitze. Daher müsse in der Ostmark ein Wall bodenständigen Bauerntums und deutschen Kulturwillens geschaffen werden. Wenn Deutschland diese Aufgabe nicht zu lösen imstande sei, werde Polen zur gegebenen Stunde nicht zögern, seine durch ständigen Geburtenüberschuß wachsende Bevölkerungszahl in unsere entvölkerten Ostgebiete zu werfen. Es ist Zeit, daß sich das Angesicht des deutschen Volkes wieder bewußt dem Osten zuwendet. — Dem Vortrag folgte ein künstlerischer Teil. Frau Martha Freyhoff sang drei Lüdtkesche Lieder zur Laute, und zwar nach eigenem Tonsatz; Frau Freyhoff, die selbst dem Osten entstammt, gelang es außerordentlich fein, das Heimatliche und Kämpferische dieser Lieder in Vertonung und Gesang zum Ausdruck zu bringen. Herr Lehrer Kossack trug alsdann verschiedene Gedichte Franz Lüdtkes vor, darunter „Ostmärkers Daheim“. Alle Vortragenden fanden dankbaren Beifall. — Zum Schluß wurde eine Reihe von Lichtbildern aus dem Posener Lande gezeigt, die bewiesen, daß das Land an Warthe, Obra, Netze und Brahe seine Kultur in Stadt und Dorf deutscher Schaffensfreude und deutschem Können verdankt. Der Vorsitzende der „Heimatkundlichen Vereinigung“, Herr Lehrer Rehberg, sprach in seinem Dank für den aufschluß- und genußreichen Abend die Hoffnung aus, die in unserem Wahlspruch so packend zusammengefaßt ist. Das Deutschlandlied beschloß den Abend.

Ortsgruppe Erkner. Die Märzversammlung fand im Kyffhäuserheim am Flakensee statt. Nach Aufnahme eines neuen Mitgliedes, des Kaufmanns Karl Riedel aus Woltersdorf, Köpenicker Str. 24, wurde der geschäftliche Teil erledigt und u. a. über die Jungscharen und die Entschädigungsfrage gesprochen. Unbemittelte Mitglieder des Ostbundes, denen die Zahlung der Beiträge schwerfällt oder die mit der Zahlung im Rückstande sind, sollen nicht gleich zum Austritt veranlaßt werden, sondern nach Möglichkeit im Ostbund erhalten bleiben. Der Deutsche Abend des Ostbundes wird in diesem Jahre wieder in Erkner, und zwar vereint mit der Ortsgruppe Cöpenick und Friedrichshagen, am 25. April im Kyffhäuserheim stattfinden. Hierauf sprach Herr Falkenberg über das Thema „Berufswahl unserer Kinder“. Prüfungsstelle für Woltersdorf und Erkner sei Berlin-Lichtenberg. Besonders wurde auf die Wahl der Berufe und tüchtigen Lehrmeister hingewiesen. Zum Punkt Lotteriespiel gab der Vorsitzende, Herr Forstmann, bekannt, daß in der 3. Ziehung der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie die Nummer, welche vom Verein gespielt wird ein Freilos gewonnen habe. Es wurde beschlossen, anstatt eines Drittelloses vier einzelne Achtellose mit je verschiedener Nummer zu spielen.

Ortsgruppe Potsdam und Umgebung. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Herrn Blum, die insbesondere an die neugegründete Ortsgruppe Potsdam-Nowawes-Neubabelsberg des Sudetendeutschen Heimatbundes gerichtet waren, hielt Herr Studienrat G. M. Hartmann einen Lichtbildervortrag über Oberschlesien seit der Abstimmung, der den Auftakt zu dem diesjährigen Grenzmarkentag in Potsdam bilden sollte. Oberschlesien, ein untrennbarer Teil des deutschen Ostens, sei altes germanisches Kulturland. Die deutschen Städtegründungen seit dem 13. Jahrhundert, der Verzicht Kasimirs

von Polen auf Schlesien im Jahre 1335, die Ansiedlung deutscher Bergleute aus dem Fichtelgebirge in Tarnowitz unter dem Markgrafen Georg dem Frommen aus dem Hohenzollernhause seit 1523, die Fürsorge Friedrichs des Großen besonders für das schlesische Schulwesen und schließlich der rege Aufschwung der oberschlesischen Industrie seit der Wirksamkeit des Grafen Reden: das seien eindrucksvolle Marksteine in der Geschichte der deutschen Kulturarbeit in Oberschlesien. Die Ungeheuerlichkeit der Teilung Oberschlesiens verdeutlichte der Vortragende durch einprägsame Lichtbilder. Der Gebiets- und Bevölkerungsverlust, die sinnlose Einkapselung Beuthens, die Zerschneidung des Eisenbahnnetzes im oberschlesischen Industrierevier, die Zerreißung des Straßensystems, die Zerstörung des gesamten Betriebsorganismus der dortigen Industrie, die Unterbindung einer fortschrittlichen Entwicklung des früheren einheitlichen Bergbaues und Hüttenwesens und die durch all diese Umstände verursachte Not der oberschlesischen Bevölkerung, das alles machte es jedem klar, daß die oberschlesischen Grenzverhältnisse ganz unhaltbar sind. Die Versammlung zollte den Ausführungen reichen Beifall, woran der Vorsitzende seinen Dank an den Vortragenden und die Mahnung an alle Versammelten anschloß, die Not in Oberschlesien lindern zu helfen, mit allen Kräften bewußt dahin zu arbeiten, Ostoberschlesien, dieses überaus wichtige Glied des deutschen Ostens, baldigst zurückzugewinnen. Darauf gedachte der Vorsitzende der immer im Gedächtnis aller Preußen fortlebenden Königin Luise, deren Geburtstag sich am 10. März zum 155. Male jährte. Ferner widmete er dem Schriftsteller Ernst Wichert, der am 11. März vor 100 Jahren geboren wurde, Worte des Gedenkens.

Die Ortsgruppe Lautawerk hielt am 8. März ihre Hauptversammlung im Gasthaus Lautawerk ab, die verhältnismäßig gut besucht war. Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, die besonders den auswärtigen Mitgliedern galt, und nach Besprechung der eingegangenen Schriften und Rundschreiben, gab der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß im Vereinsjahr 1930 zehn Mitgliederversammlungen, vier Vorstandssitzungen und ein Ausflug stattgefunden haben. Am 29. November feierte die Ortsgruppe ihr 10jähriges Bestehen, wozu Vertreter der Ortsgruppe Hoyerswerda, Dresden und Bautzen erschienen waren. Ehrenurkunden wurden den Herren Paul Strauch und Johann Baginski, beide in Lautawerk, verliehen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die satzungsgemäß ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes wurden wiedergewählt. 1. Vorsitzender Max Baginski, Lautawerk, Speketerstraße 4; 2. Vorsitzender Max Stephan, Lautawerk; 1. Schriftführer Frau Hedwig Baginski; 2. Schriftführer Frau Jetter, Grube Erika Bergmannsheimstätten; 1. Kassierer Johann Baginski, Lautawerk-Süd, Friedrich-Ebert-Straße; 2. Kassierer Richard Sonnenberg, Bernsdorf, Kr. Hoyerswerda; Beisitzer sind Frau Werner und Herr Jetter, beide Grube Erika Bergmannsheimstätten, Herr Gustav Walter, Bernsdorf, Kr. Hoyerswerda; Kassenprüfer sind die Herren Malz und Sonnenberg, Bernsdorf.

Landesverband Niederschlesien.

Die Ortsgruppe Hirschberg i. Rsgb. hielt am 11. März im Kunst- und Vereinshaus eine Monatsversammlung ab. Eine besondere Note gab dem Abend der von der Bundesleitung im Rahmen der Ostdeutschen Rundfunkwoche in Berlin veranstaltete Posener Heimatabend. Der Theaterkaffee-Wirt Nitzsche hatte für diesen Abend ein Radiogerät aufstellen lassen. Dadurch war es möglich, die übertragene Feier mitzuhören, was lebhaft begrüßt wurde. Der Vorsitzende gedachte des Hinscheidens des Vorsitzenden der benachbarten Ortsgruppe Bad Warmbrunn, Oberpostsekretärs Pache. An der Beerdigung nahmen sechs Vorstandsmitglieder teil. — Die Ortsgruppe des Verbandes heimattreuer Oberschlesier hatte im Verein mit der Ortsgruppe des Ostbundes und dem V. D. A. zu einer öffentlichen Feier des 10jährigen Abstimmungstages auf den 20. März 1931 geladen. Zahlreich hatten sich die Bürger Hirschbergs zu dieser Kundgebung eingefunden, und eine vielhundertköpfige Menschenmenge füllte die Südseite des Marktplatzes vor dem Rathaus. Der Turm des Rathauses leuchtete im Glanze zahlreicher elektrischer Lampen in die Nacht. Gegen 7,45 Uhr marschierte die Jugend des V. D. A. im Lichte zahlreicher Fackeln mit ihren vielen Wimpeln auf dem Markte auf. Generaldirektor Dr. h. c. Schmidt gedachte in einer markigen Ansprache der Abstimmung vor 10 Jahren und der verlorenen Gebiete. Eine Entschließung an die Regierung forderte die Wiedergutmachung des vor 10 Jahren getanen Unrechts und der Revision der Ostgrenzen. Weiter sprach noch der Obmann der V. D. A.-Jugendgruppen, Student Pietsch. Die hiesige Reichswehr-Jägerkapelle verschönte die Feier, die mit dem Niederländischen Dankgebet endete. Im Anschluß an die gut verlaufene Feier fanden sich zahlreiche Mitglieder der drei einladenden Vereine in Strauß' Hotel zu einem gemütlichen Beisammensein ein.

Die **Ortsgruppe Liegnitz** hielt am 10. März d. J. im Saale der Braukommune ihre Jahreshauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Studienrat Schwalm, erstattete nach Begrüßung der erschienenen Mitglieder den Jahresbericht, wobei er mit ehrenden Worten der in diesem Jahre verstorbenen Mitglieder gedachte. Im Anschluß hieran wurde vom Kassierer der Kassenbericht erstattet und ihm nach dem Bericht der Kassenprüfer Entlastung erteilt. Die satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Für die durch Tod und durch Wegzug in Abgang gekommenen Vorstandsmitglieder wurden neu gewählt: Herr Kaufmann Bothmann, Herr Rechtsanwalt und Notar Rosenau und Herr Kaufmann Schreier. Herr Rechtsanwalt Rosenau hielt einen hochinteressanten Lichtbildervortrag über das Burgenland, wofür er durch reichen Beifall der Anwesenden und durch den Dank des Vorsitzenden belohnt wurde. — Am 14. März veranstaltete die Ortsgruppe ihr diesjähriges Wintervergnügen im Habsburger Hof. Eingeleitet wurde die Feier durch einige Konzertstücke. Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Studienrat Schwalm, erfreuten Frau Kabisch und Frl. Ruth Schwalm durch mehrere wohlgelungene Gesangsvorträge ernsten und heiteren Inhalts. Diesen folgten ein von den Damen Frl. Graewe und Frl. Zander vorzüglich durchgeführtes Duett mit Tanz und ein Lustspiel, in dem die Damen Frl. Graewe, Frl. Zander und Frl. Stein ihr Spielertalent wieder glänzend bewiesen. Reicher Beifall dankte allen Mitwirkenden. Der 1. Vorsitzende dankte insbesondere Herrn Stabszahlmeister Friedrich, der das Fest vorbereitet hatte. Bei dem sich anschließenden Tanz wurden die Pausen durch humoristische Vorträge von Herrn und Frau Schneider, die mit großem Beifall aufgenommen wurden, ausgefüllt. Eine Verlosung, zu der die Gewinne fast ausschließlich von Mitgliedern gestiftet waren, machte eine Anzahl Festteilnehmer zu glücklichen Gewinnern.

Landesverband Sachsen-Anhalt.

Die Ortsgruppe Sangerhausen, deren Tätigkeit lange Zeit ruhte, hat im Jahre 1930 ihre Arbeit wieder aufgenommen, acht Versammlungen abgehalten und bereits wieder einen Mitgliederstand von 31 Ostmärkern erreicht.

Landesverband Wasserkante.

Die **Ortsgruppe Groß-Hamburg** hielt am 8. März ihre Monatsversammlung, verbunden mit einem ostmärkischen Heimatabend, ab. Der Frauengruppe war es gelungen, Frau v. Pustau, die Vorsitzende der Grenzland-Kinderhilfe, als Rednerin zu gewinnen. Frau v. Pustau gab einen Überblick über die Aufgaben und Ziele der Grenzland-Kinderhilfe und forderte alle Mitglieder auf, kräftig an diesem so notwendigen und segensreichen Werk mitzuhelfen. Der 1. Vorsitzende, Herr Zitzke, unterstrich diese Ausführungen und betonte, jeder müsse mithelfen, entweder durch Aufnahme von Kindern oder durch Geldspenden. Über alle diese Fragen erteilt der 1. Vorsitzende, Herr Paul Zitzke, Altona-Elbe, Holstenstr. 222, II, sowie Frau Schneider, Hamburg 26, Hammerlandstr. 37, Auskunft. Nach einigen Mitteilungen begann nun der ostmärkische Heimatabend, der einen glänzenden Verlauf nahm. Der Kulturwart ließ in seinem einleitenden Vortrage die Leidensjahre der Ostmärker vorüberziehen. In den Vortrag waren ein Gedicht von W. Hahn und zwei Gedichte des Ostmarkdichters Franz Lüdtke eingeflochten. Die Liedertafel der Ortsgruppe unter der bewährten Leitung ihres Dirigenten, Herrn Sieg, trug zum Gelingen des Abends bei. Ein kleines Orchester von Zupfinstrumenten spielte deutsche Volkslieder, und nach zwei weiteren gut vorgetragenen Gedichten brachte die Jungschar zum Abschluß des Abends einen Sprechchor, der in einem Treuegelöbnis zur Ostmark ausklang.

*

Die Ostdeutsche Rundfunkwoche des Breslauer Senders.

Im Rahmen der von der Ostdeutschen Arbeitsgemeinschaft in Breslau veranstalteten Ostdeutschen Rundfunkwoche des Breslauer Senders (6. bis 14. März) behandelte zuerst Univ.-Prof. D. Laubert, Breslau, das Ostproblem in seinen großen Zusammenhängen. In großen Zügen zeigte er auf, was Polen den Deutschen des Mittelalters verdankt: alles städtische Wesen mit Hausbau und Bürgerverfassung, eiserner Pflug, Obstbau, Spindel, Deich- und Entwässerungsanlagen, Waldroden. Soweit die Deutschen ostwärts vordringen, ist Europa, dahinter Asien. So blieb es bis in unsere Zeit. Gedankenlos urteilen so viele immer noch bei uns: Preußen habe es nicht verstanden, die stammfremde Grenzbevölkerung zu versöhnen. Ist das nicht widerlegt durch die Probeabstimmung im Memelgebiet mit 98 v. H., durch das Allensteiner und Marienwerder Treubekenntnis mit 98 und 95 v. H. Deutschstimmen, in den Kreisen Gr.-Wartenberg und Namslau mit 95 und 97½ v. H., im Hultschiner Ländchen und in Oberschlesien mit 60 v. H. gerade vor 10 Jahren! Das heißt doch, der deutsche Gedanke ist in diesen Grenzlanden mächtig geworden, und hätte man in Westpreußen und Posen abstimmen lassen, das Ergebnis hätte wahrlich auch nicht enttäuscht! Je ungerechter eine Grenze, um so höher der Druck. Das böse Gewissen läßt das polnische Staatsvolk nicht zur Ruhe kommen, jagt es in eine Sicherungspsychose hinein: die deutsche Minderheit ausrotten, Ostpreußen abdrosseln, Danzig durch Gdingen blutleer machen und sich weiter oderwärts vorschieben durch Wanderarbeiter, Kleinbauern.

In Ostpreußens Geschichte, Kultur und Wirtschaft führte warmherzig Pfarrer und Universitätslektor Dr. Wosien ein; Oberschlesien schilderte Rektor Schneider als ein Land einst des Segens, jetzt des Leides, und Westpreußen zeichnete Lehrer Janitzki. Als Nemez (als Deutscher) bezeichnet sich der Kassube selbst und Polack gilt ihm als Schimpfwort. 50 v. H. der polnischen Stimmen in Marienwerder entschieden sich für Deutschland. Zum Schluß das Hohelied von Danzig, dem deutschen Schlüsselpunkt, der unfreien Stadt, die immer dringlicher, aber noch hoffend im Wirtschaftsringen mit Gdingen nach der deutschen Mutter ruft.

In das Posener Land führte Oberpostrat Borngräber. Ein Bild der Landschaft zuerst; dann ins Vorgeschichtliche, wozu uns die politisierte Wissenschaft der Polen zwingt; dann in die Frühzeit der polnischen Geschichte, in der Polen Jahrzehnte unter deutscher

Oberhoheit stand, ehe es frei ward, dank dem Streit zwischen Papst und Kaiser. Die polnische Sprache bewahrt in Dankbarkeit, was die Deutschen mitbrachten: gzyms, cegla, dach, hebel, obcegi, sruba, gwint, muterka, sztyft, hak, waga, blacha, ratusz, rynek, jarmark u. v. a. Das wohlverdiente Strafgericht der drei Teilungen bestätigen gerade Frankreich und England 1815 auf dem Wiener Kongreß! Wie sich das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat entwickelte, wird kurz gezeichnet und dann über das Unrecht der abstimmungslosen Losreißung des Landes vom Reiche und über die Notwendigkeit seiner Wiedergewinnung gesprochen.

Den zusammenfassenden Schlußvortrag hielt der Vorsitzende der Ostdeutschen Arbeitsgemeinschaft, von Flotow. Er unterschied zwei Schicksalsfragen im Osten: die westpreußisch-posensche, die eng mit dem von Wilson gar nicht als Landabtretung gewünschten Zugang Polens zum Meere zusammenhängt, und die Wiedervereinigung Ost- und Westoberschlesiens in deutscher Hand.

Diese geschlossene Vortragsreihe der Führer der Heimatverbände wurde ergänzt durch einige lose angegliederte ostdeutsche Vorträge der Breslauer und Berliner Rundfunkleitung. So stellte Dr. Laslowski in „Oberschlesien — der Mythos einer Landschaft“ den Annaberg und die schlichten Holzkirchen in die Mitte einer warmherzigen Heimatbetrachtung. Dr. Reisse streifte die schwierige bevölkerungspolitische Seite im ostdeutschen Grenzraum. Dr. Weichmann behandelte das Minderheitenproblem. Stadtrat Dr. Wolff führte in „Schlesiens deutsche Sendung“ aus, alle Osthilfe würde umsonst sein, wenn sie die Gefahrenquellen nur oberflächlich zustopfe, anstatt neue Absatzgebiete für den Osten zu schaffen und der Frage der Grenzrevision zuleibe zu gehen.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Der älteste pommerellische Superintendent pensioniert.

Am 1. April trat der älteste Superintendent von Pommerellen, Paul Friedrich Morgenroth aus Schwetz, im Alter von 67 Jahren aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand. Seit dem 15. April 1914 ist er in Schwetz tätig und hat neben seinem Pfarramt auch die Superintendentur des umfassenden Kirchenkreises geführt. Als Mitglied des Landessynodalvorstandes war er auch an den Arbeiten der Gesamtkirche beteiligt. Die Arbeit für das deutsche Volkstum fand in ihm einen verständnisvollen Förderer, so daß mit seinem Scheiden eine große Lücke in den deutschen und evangelischen Kreisen um Schwetz und in ganz Pommerellen zu spüren sein wird. Bevor Superintendent Morgenroth nach Schwetz kam, war er zunächst von 1900 bis 1914 Pfarrer in Dirschau und vorher Pfarrer in Lautenburg und Rauden, so daß seine ganze Lebensarbeit der westpreußischen Heimat gegolten hat.

Oberin Ida Laube †.

Am 31. März starb nach langem Leiden die Oberin des Posener Diakonissenhauses, Schwester Ida Laube. Sie gehörte dem Hause seit 57 Jahren an und war seit 1914 Oberin. Zur Trauerfeier waren aus ganz Posen und Pommerellen zahlreiche Leidtragende erschienen.

*

Sein 40jähriges Meisterjubiläum und die Feier seines 65. Geburtstages beging Karl Pfitzner in Frankfurt a. d. O., Bischofstr. 4; Pf. gründete Anfang 1891 in Dortmund (Westf.) ein Malergeschäft, verlegte dieses 1901 nach seiner Heimatstadt Hohensalza (Pr. Posen), war dort langjähriger Schriftführer der Maler-, Lackierer- und Tapeziererinnung, Prüfungsmeister bei der Handwerkskammer zu Bromberg zur Abhaltung von Gesellenprüfungen im Malerhandwerk für die Kreise Hohensalza, Mogilno und Strelno, ferner Vorsitzender der Ortskrankenkasse I zu Hohensalza. Er wurde auf der Handwerksausstellung zu Bromberg 1905 für gute Leistungen in der Malerei mit einer Medaille ausgezeichnet.

Das 25jährige Bestehen seiner Zahnpraxis feierte am 1. April Herr Zahnarzt Karl Rosenberg, Kassel, Ständeplatz 4, früher Samotschin.

Geboren: Eine Tochter: Dem Landwirt Erich Schulz in Pronzendorf, Kreis Steinau a. d. O., am 3. April.

Verlobt: Frl. Selly Süßkind und Herr Dagobert Neumann, früher Bromberg, Neue Pfarrstr. 2, jetzt Berlin-Schöneberg, Kaiser-Friedrich-Straße 6.

Vermählt: Frl. Hertha Heite, bisher Goschütz, Tochter des Hegemeisters i. R. Franz Heite, früher Forsthaus Baschkow bei Zduny in Posen, mit Herrn Robert Köhler, früher in Marienburg (Westpr.), und Frl. Frieda Heite, Sagan, früher wie oben, mit Herrn Paul Hoefig, Breslau, früher Gut Schoenmühl bei Zduny (Posen), am 11. 4.; Frl. Elise Krause, Tochter des früheren Kupferschmiedemeisters A. Kr., in Kosten i. P., jetzt Gorgast (Ostbahn), mit Herrn Bezirksschornsteinfegermeister Walter Büttner in Gorgast.

Silberne Hochzeit. Bezirksschornsteinfegermeister Johannes Arndt und Frau Ida, geb. Dietrich, in Gommern, Bez. Magdeburg, früher Welnau, Kreis Gnesen (langjähriger Vorsitzender der Gommerner Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes) am 16. April; Lehrer Hugo Paech und Frau Anna, geb. Nußack, in Kl. Sabin, Kreis Dramburg (Pommern), früher in Kl. Münche, Kreis Birnbaum, und Buschwald, Kreis Wreschen.

Bejahrte Ostmärker: Emilie Fritsche, Ehefrau des Gast- und Landwirts Johannes Fritsche, früher in Milostowo, Kreis Birnbaum, jetzt in Berlin-Karow, Johann-Georg-Straße 74, am 30. 3. 70 J.; Justizamtmann i. R. Horn, Kassel, Landgraf-Karl-Straße 21¼, früher Posen, am 9. 4. 70 J.; Staatl. Revierförster i. R. Hermann Krentzer in Loppow, Kreis Landsberg a. d. W., früher Bez. Bromberg, am 13. 4. 75 J.; Johann Jahnke, Vorsitzender der Ortsgruppe Neudamm, am 7. 4. 70 J.

Gestorben: Frau Hedwig Weinert, geb. Semler, in Wesermünde (früher Tremessen) am 27. 3., 48 J.; der frühere Landwirt Karl Redlich aus Renzig, später in Robatschin, Kreis Schmiegel, jetzt in Pronzendorf, Kreis Steinau a. d. O., am 19. 3., 77 J.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Posen-Westpreußen, mittlere Ostmark und Pommern.

Friedeberg. Bei der Zwangsversteigerung der Prietzschen Mühle gab die Märkische Bank das Höchstgebot mit 27 000 M. einschließlich der Nebengebäude ab. **Bemerkenswert ist hierbei, daß dem Besitzer noch vor einem Jahre 160 000 M. für die Mühle geboten wurden.**

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Rawitsch. In dem nahen Rawitsch spielte das sechsjährige Söhnchen des Landwirtes Sch. mit dem als Kriegserinnerung aufbewahrten Zünder einer Handgranate. Der Zünder explodierte und verletzte das Kind so schwer, daß es völlig erblindete und die linke Hand verlor.

Aus Westpreußen.

Kulmsee. Der deutsche Direktor der Zuckerfabrik Kulmsee, der größten Zuckerfabrik Europas, die im vorigen Jahrhundert von deutschen Landwirten gegründet wurde, Dr. Lange, ist nunmehr von seinem Posten verdrängt worden. Der Kampf gegen Direktor Dr. Lange, einen erstklassigen Fachmann, geht schon seit längerer Zeit. Man hatte sogar mit großem Pomp Riesenprozesse gegen Dr. Lange angestrengt, um ihm „Verfehlungen“ nachzuweisen. Dr. Lange ging aus diesen Prozessen makellos hervor. Jetzt hat man ihn zum Rücktritt gezwungen, indem man der Fabrik den Boykott androhte, wenn sie weiter unter Leitung eines Deutschen stände. Zum neuen Direktor wurde ein polnischer Nichtfachmann namens Makowiecki berufen.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Am ostmärkischen Herd“ 16 Seiten.

Für die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.

Preuß. Staatslotterie

Ziehung 1. Klasse 20. u. 21. April 1931

Gesamtgewinne über
113 Millionen RM.

Höchstgewinn im besten Falle: Eine Million!

Hauptgewinne:
4 mal 500000
2 mal 300000
2 mal 200000
12 mal 100000

$^1/_1$	$^1/_2$	$^1/_4$	$^1/_8$	Los
40,–	20,–	10,–	5,–	M.

Dr. jur. **Alfred Dütschke**, Staatl. Lotterie-Einnehm., **Berlin, Geisbergstr 8/9** im Postamt W 30, Schalter 9, Postscheckkonto Berlin 35 222. Früher Ostrowo.

Eilt! Käufer provisionsfrei!

Zufallssache!

Gastwirtschaft, 60 Mg. Weizenboden, allein in großem Dorf, Gebäude massiv, Licht und Kraft, 3 Pferde, 9 Rinder, Zuchtsauen, Schweine. Umsatz 130 Tonnen. Preis 47000 Mark, Anzahlung 10000–12000 M.

Landgasthof mit Materialwaren, Saal, 3 Gast-, 3 Privat-, 5 Fremdenzimmer, 30 Mg. Land, Gebäude fast neu. Preis 26500 M., Anzahlung 7000 M.

Landwirtschaften zu verpachten, 260, 200, 130, 100, 70 Mg. Erforderl. 2000–7000 M.

Landwirtschaft, 178 Mg., Gebäude massiv, Licht und Kraft. Preis 52000 M., Anzahlung 15000–20000 M.

Landwirtschaft, 150 Mg. Weizenboden, mit neuzeitig eingerichteter Hühnerfarm, guter **Rinderbestand. Preis 58000 M., Anzahlung 15000–20000 M.**

Grundstück mit 4 Zimmern, 2 Küchen, Zubehör, 12 Mg. Acker und Wiese. Preis 6000 Mark, Anzahlung 3000 M.

Außerdem große und kleine Landwirtschaften, Gastwirtschaften, Geschäftsgrundstücke, Bäckerei in jeder Preislage. Käufer bitte sofort kommen.

Bernhard Albrecht, Eberswalde,
Brautstraße 13. Telephon 59.
Früher: Obornik, Posen. R. D. M.

Landwirtschaft

im Dorfe an Chaussee, Prov. Sachsen, 28 Mrg. Land und Wiese, reichl. Inv., Gebäude massiv, Preis 16000 M., Anz. nach Übereink., altershalber sof. zu verkaufen.

Wilh. Puhlmann sen., **Holzdorf** an der Elster.

Sichere Brotstelle!

Verkaufe altershalber **Gasthof in Prenzlau,** Geb. in best. Zustande, kl. Garten am Hause, 3 Z. u. Küche sof. frei. Preis 12000 M., Anz. 4000–5000 M., Rest 5% fest. — **Kolonialwarengeschäft, ohne Abstand,** 2 Z. und Küche, Umsatz 26000 M., für Ware 1500 M., Miete 85 M. **Th. Wachholz, Prenzlau,** Klosterstr. 36.

Landwirtschaft

64 Mrg., prima Weizen- und kleefähiger Boden, alles in einem Plan gelegen, Geb. in gut. Zustand, ist sofort altershalber mit leb. u. tot. Inv. verkäufl. Preis 25000 M., Anz. 10000 bis 12000 M., Restkaufgeld zu 5% langjährig.

Landwirtschaft

44 Mrg., mittl. Boden, Geb. gut, ist sofort mit leb. und tot. Inv. verkäufl. Preis 12000 M., Anzahl. 1000–3000 M. Ernste Käufer wollen sich wenden an

Georg Wußmann, Eisenberg-Sagan-Land

Sämtlich Besichtigung kostenfrei.

Lohnbrut

übernehmen wir in unserer 17000 Eier fassenden Petersime-Brutzentrale. Einlegegeld nach Menge 10 bis 14 Pf. je Ei. Einlegetage Montags und Donnerstags. Ferner geben wir ab: **weiße Leghorn-Eintagsküken** à 64 Pf. bei Ratenzahlung bis zu 6 Monaten.

Geflügelhof des Rittergutes Warnin
bei Großtychow i. Pom.

Ansiedlung

93 Mrg. Weizen- und Rübenboden, massive Gebäude, Wasserleitg., elektr. Licht und Kraft, leb. und tot. Inventar überkomplett, 3 Pferde, 1 Fohlen, davon 2 pa. Zuchtstuten, 1 hochtrag. usw., gr. Dreschf. mit Reinigung, Selbstbinder, Schrotmühle usw., sofort billig wegen anderen Unternehmens bei einer Anzahlung von nur 10000 M. zu verkaufen.

Orb, Friedeberg/Neum. Fürstenstr. 21,

Landgasthof

mit 62 Morg. eigenem Acker, an Rheinsberg-Wittstocker Chausseegelegen, mit Tankstelle, Schießstand und vollen lebend. und tot Inventar, guter Umsatz, sofort zu verkaufen. Anzahl. 12000–15000 M. Angebote unter **875** an das Ostland erbeten.

Pr. Klass.-Lotterie

Lose 1. Kl.

Lüttich Staatl. Lotterie-Einnahme
Stettin, Augustastr. 8 (früher Hohensalza).

Geb. Schles.

ev., 43 J., unabhängig, langjährige Zeugnisse aus guten Häusern,

sucht

zur selbständ. Führung eines Haushaltes für bald oder später paß.

Wirkungskreis.

Off. an **Frl. M. Liebich, Niederfinow,** Staatliche Baukantine.

Ältere

alleinstehende Frau zur Haushaltführung bei altem Ehepaar gesucht. **Meyer, Berlin-Niederschönhausen,** Treskow-Straße 48.

Ostmärker! Provisionsfrei!

Glänzende Existenzen!

Anz. M.

Doppelwohnhaus mit Werkstatt Nähe der Stadt Singen a. H. Preis: 19 000
Modewaren- und Konfektionsgeschäft i. Kreisstadt Niederschlesiens . . . . Preis: 1 800
Wohn- und Geschäftshaus mit Lagergebäude i. kl. Stadt d. Neumark . . . . Preis: 12 000
Mietsgrundstück Nähe Magdeburg . . . . . . Preis: 10 000
Häuserblock f. Mietwohn-, Geschäfts-, Fabrikations- und Lagerzwecke in Industriestadt Thüringens . . . Preis: 100 000
Anzahlung nach Vereinbarung.
Regulator-Uhren-Gehäuse-Fabr. i. mittl. Stadt Schles., Preis: 12 000
Hotel- u. Restaurationsgrundstück m. Saal u. Kino i. bek. Ostseebad (Jahresgesch.) 25 000 bis 30 000
Pensionshaus m. Dependance, als Erholungsheim geeignet, im Harz . . . . . . 38 000 bis 40 000
Gurken- u. Sauerkrauteinlegerei i. bek. Stadt i. Schlesien . . 10 000
Zweifamilienwohnhaus a. Zürichsee (rechtes Seeufer) . . sfr. 25 000
Villengrundstück a. Zürichsee, sfr. 30 000
Landhaus m. Pension u. Hühnerzucht i. Kurort b. Karlsruhe . 5 000
Pensionshaus in Schwarzwald-Kurort b. Karlsruhe 10 000
Großhandelshaus für Tabakfabrikat. i. Dresden, Preis: 15 000
Wohn- u. Geschäftsh. (Bäckerei u. Konditorei) i. Basel, sfr. 30 000
Fabrikgrundstück m. modern eingerichteter Möbelfabrik i. lebhafter Kreisstadt a. Südharz Preis: 90 000
Bäckereigrundstück m. Café i. Vorort v. Schwerin 14 000
Herrschaftl. Landsitz, bes. f. Geflügelfarm u. Gärtnerei geeignet, i. d. Altmark . . . 15 000
Auto-Reparatur- u. Service-Unternehmen m. Wohngrundstück i. d. deutschen Schweiz sfr. 20 000 bis 30 000

sowie viele Hundert weitere Existenzgeschäfte, auch mit Grundstück, Landwirtschaften, Gasthöfe, Geflügelfarmen usw. in allen Gegenden Deutschlands.

Geben Sie uns Ihre speziellen Wünsche an und verlangen Sie kostenlos unsere illustrierten Prospekte mit ausführlicher Beschreibung.

KOCH & Co., Berlin W 10
Hohenzollernstr. 16. Tel.: Lützow 5933.

Preußische Staatslotterie

Spielkapital in 5 Klassen
fast 114 Millionen!

$^1/_8$	$^1/_4$	$^1/_2$	$^1/_1$	Los
5,–	10,–	20,–	40,–	RM.

Ziehung:
1. Klasse **20. u. 21. April 1931.**

Hielscher, Staatl. Lotterie-Einnahme, **Friedeberg a. Queis,** früh. Kempen, Posen. Postscheckkonto: Breslau 68067.

Einladung

zur ordentlichen Generalversammlung,

am Freitag den 24. April 1931 abends 7 Uhr in den Kammersälen, SW 61, Teltower Straße 1–4.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichts und der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1930.
2. Genehmigung des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes.
3. Neuwahlen zum Aufsichtsrat.
4. Verschiedenes.

Die Bilanz sowie Gewinn- und Verlust-Rechnung liegen ab **Donnerstag den 16 April in der Geschäftsstelle Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 43, zur Einsicht aus.**

Baugenossenschaft vertr. Ostdeutscher e. G. m. b. H.

Der Vorstand.

Schmid. Sommerfeld. Schmidt.

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 — Fernruf: Steinplatz 8031 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Krebel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW, Zimmerstraße 7/8.

Am ostmärkischen Herd

Unterhaltungsblatt zu der Wochenschrift „Ostland"

Herausgegeben von Emanuel Ginschel und Dr. Franz Lüdtke
Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg

Nr. 8 | Berlin, den 10. April | 1931

Der Herr der Scholle.

(14. Fortsetzung.) Roman aus der Zeit des letzten polnischen Aufstandes. Von **Otto Boris.**

Je weniger sie wagte, sich umzusehen, desto größer wurde ihre Angst. Fast besinnungslos stürzte sie auf das Haus zu. Ein Gartenzaun kam. Die Tür war offen. Schnell huschte sie hinein. Sie faßte in rasender Angst den Drücker der Haustür, riß sie auf und stand vor — Nadzinski.

„Das nenne ich eine Überraschung!" rief er mit gutgespielter Herzlichkeit. „Bitte, treten Sie näher. Wir haben uns schon seit gestern nicht gesehen!"

Lisbeth war zu sehr verängstigt, um in seinem Wesen etwas Fremdes zu finden. In ihrem Herzen nannte sie ihn seit ihrer Waldeinsiedelei auch nicht mehr „Du".

„Wo befinde ich mich?" fragte sie. Da entdeckte sie, daß er eine polnische Mütze mit einem weißen Adler trug. Das Blut schoß ihr ins Gesicht. Sie stockte. „Herr von Nadzinski," stotterte sie schließlich, „schützen Sie mich. Ich werde von zwei Männern verfolgt."

„So treten Sie doch endlich ein!" Er öffnete mit höflicher Verbeugung die Tür zum Wohnzimmer. Warme Luft schlug dem Mädchen entgegen. An der Wand hingen Hirschgeweihe und Rehkronen.

Den Raum kannte sie. Er war die Jagdstube des Försters. Das verwirrte sie noch mehr. Unwillkürlich brachte sie Nadzinski mit dem Überfall auf das Forsthaus zusammen. Sie blieb an der Tür stehen.

„Lege doch ab, Kind", mahnte er vertraulich. „Du siehst, es ändert sich vieles in unserer Gegend. Was ist da noch zu staunen. Ich habe das bereits damals prophezeit, als mich dein Vater so tapfer hinauskomplimentierte."

„Ich möchte sofort nach Hause", sagte sie statt aller Antwort. Die weinende Förstersfrau, die mit Hausrat vollgestopften Wagen, das brüllende Vieh, die mißmutige Magd, die hinter den schwankenden Gefährten herschlich, das vergrämte Gesicht des Försters huschten wie ein Schatten an ihr vorüber.

Nun stand sie vor dem Manne, der ihn aus dem Hause vertrieben hatte. Ekel stieg ihr in die Kehle.

„So schnell geht das nicht, mein Kind", hörte sie ihn sagen.

Seine überlegene Art zu sprechen reizte sie: „Können Sie es sich nicht denken, daß es gegen mein Gefühl geht, mich in diesem Hause aufzuhalten?"

„So, so?" lachte er böse. „Du meinst, ich hätte kein Recht an diese Stube? Doch, mein Schäfchen." Er öffnete die Tür: „Skrzetuski!" schrie er hinaus.

Der Rothaarige mit dem Feldwebelschnurrbart erschien. „Hier, der neue Förster", stellte Nadzinski vor. „Dieses Zimmer hat er mir als Amtsraum zur Verfügung gestellt."

„Und Anschütz?" fragte Lisbeth.

„Der ist vom 1. Dezember entlassen", war die kühle Antwort.

„Wer hat das getan?!"

„Der Landrat, mein Täubchen." — „Du," wandte er sich an den Rothaarigen, „bring uns etwas zu essen und Wein!"

Lisbeth dankte. Sie mochte nichts. Die Kehle war ihr wie zugeschnürt. Hinter der glatten Maske des Edelmannes witterte sie neue Gefahren.

Ihr zitterten die Knie. Sie mußte sich setzen. Sie sah, daß sie in seiner Gewalt war und legte sich aufs Bitten: „Ich will auch ganz gehorsam essen," bettelte sie, „aber bringen Sie mich zu meinen Eltern, nicht wahr, Herr von Nadzinski?"

Ihre abweisende Art erbitterte ihn. Er biß sich auf die Lippen und schwieg. „Warum antworten Sie mir nicht?" flehte sie angstvoll.

„Darüber sprechen wir später, mein Kind. Einstweilen ruhe dich aus und iß."

„Nein," beharrte sie, „ich will erst Ihr Versprechen haben!"

Er wurde dunkelrot vor Zorn, trat dicht an sie heran: „Da!" sagte er und wies auf Kopf und Arm. „Das haben mir deine Freunde getan. Nun habe ich dich und werde die Gelegenheit nicht unnütz verstreichen lassen."

„Sie sind kein Kavalier", bäumte sie auf.

„Aber ein treuer Liebhaber. Warte nur ein paar Tage, bis ich wieder gesund bin, dann sollst du sehen, wie edles Polenblut zu lieben vermag."

Sie prallte vor ihm zurück: „Rühren Sie mich nicht an!" schrie sie.

Ein halb zivil, halb militärisch gekleideter Mann brachte Wurst, gekochte Eier und Glühwein. Während er alles zurechtstellte, zündete sich Nadzinski eine Zigarette an und nahm selbstgefällig vor ihr Platz: „Es wär' schade um die blühenden Wangen. Ich möchte gern mein Bräutchen frisch und rosig in die Arme schließen. Also iß doch."

Sie würdigte ihn keines Blickes. Sie sann fieberhaft auf einen Ausweg.

Da blieben ihre Gedanken beim alten Kazapp hängen. Der würde ohne Zweifel ihre Spur finden, sie bis hierher verfolgen und sie retten. Sie mußte ihren Gegner nur noch einstweilen hinhalten.

„Ich glaube nicht daran, was Sie mir androhen", sagte sie mit erzwungener Ruhe. „Das kann ein Edelmann nicht tun."

„So, mein Täubchen? Jetzt vertraust du auf meine Ehre? Aber kaum taucht der blonde Schnösel, der Preuße, auf, da kann Herr von Nadzinski laufen. — — So haben wir nicht gewettet. — Übrigens, deinen geliebten Karl werde ich auch bald haben. Vielleicht habt ihr beide das Vergnügen, euch noch einmal zu sehen."

„Wie meinen Sie das?" fragte Lisbeth in schlecht verhehlter Angst.

„Ist nichts Bedeutendes. Ist nur ein kleiner Haftbefehl gegen ihn im Umlauf. Sobald wir den sauberen Herrn Spion erwischen, schicken wir ihn nach einer hübschen Kiesgrube. Dann wird etwas geknallt und der Kadaver eingescharrt. — Amen!"

Er lachte roh auf. Man merkte es ihm an, daß es ihm Vergnügen machte, sein Opfer zu quälen.

„Satan!" schrie sie ihn an. „Fürchte dich vor mir, wenn du Karl auch nur ein Härchen krümmst. Bilde dir nicht ein, mit mir spielen zu können!" Sie trat zornfunkelnd auf ihn zu.

Er wich zurück. Doch hatte er bald seine Unverfrorenheit wieder. Er betrachtete sie entzückt: „Was bist du schön, Weib, wenn du in Leidenschaft gerätst! Ah, verflucht, daß ich den lädierten Arm habe. Dreimal verflucht, der alte Hund, der sich an mir vergriffen hat. Heute kämst du mir nicht so tugendhaft aus den Händen wie das letztemal."

Gegen seine unverschämten Blicke war Lisbeth machtlos. Sie kroch in sich zusammen und bedeckte das Gesicht mit den Händen, um dieses Zerrbild eines Edelmannes nicht sehen zu müssen.

„Na also," sagte Nadzinski höhnisch, „es wird schon werden. Wie dein lieber Papa sagt: ‚Man immer langsam mit den scheuen Pferden.'"

Lisbeth beschloß, ihm überhaupt nicht mehr zu antworten. Ihre Gedanken drehten sich um die Flucht. Sie kannte den Richtsteig, der vom Forsthaus nach dem Dorfe führte. Dieser mündete nicht weit von dem Weg zur Mühle. Aber wie sollte sie unbemerkt davonkommen?

Nadzinski setzte sich an den Schreibtisch. Er verfaßte einen Zettel und ging hinaus.

Leise öffnete sie die Tür zum Flur. Eine Wache grinste ihr ins Gesicht. In der nebenliegenden Stube waren Stimmen zu hören. Dort hauste jedenfalls die Mannschaft.

Während sie noch überlegte, ob sie nicht das Fenster geräuschlos öffnen könnte, trat Nadzinski wieder ein. Ihm folgten zwei weidmännisch gekleidete Schützen.

„Meine Herren", sagte der Edelmann zu ihnen. „Es gibt kaum eine günstigere Gelegenheit, den Kazapp aus dem Wege zu räumen, als heute. Machen Sie Ihrem Namen als Scharfschützen Ehre. Zeigen Sie, daß die Polen das Herz Ihrer Feinde zu treffen wissen. Der Kerl, der heute mit ihm zusammengeraten ist, hat mir infolge seines verstauchten Fußes leider etwas spät die Nachricht zukommen lassen, wo sich das alte Ungeheuer befindet. Alle Leute gegen ihn zusammenzuziehen, ist nicht empfehlenswert. Erstens machen sie zu viel Krach, so daß er bald Lunte riechen und uns entwischen würde. Zweitens ginge es nicht ohne Verluste ab, denn die Leute können wohl in einer Schützenlinie liegen und Ochsen treiben, aber es nicht mit einem gewiegten Jäger im Walde aufnehmen."

Die beiden lächelten geschmeichelt: „Herr Rittmeister", sagte der eine: „Ich habe manchen Preis im Schießen auf flüchtiges Wild gekriegt, und mein Freund Wnuk hat verschiedene Jährchen bei den Scharfschützen zugebracht. Es wäre ein Wunder, wenn der Alte mit heiler Haut davonkäme, sobald wir ihn in die Mitte kriegen."

Lisbeth sprang auf: „Was sagen Sie? Sie wollen einen alten Mann heimtückisch morden?"

„Alter Mann?" echote Nadzinski höhnisch. „Ein alter Satan ist's. Sein Todesurteil ist bei mir schon lange unterzeichnet."

„Sobald ich frei bin, werde ich Ihre ganzen Schändlichkeiten in die ganze Welt hinausschreien. Jeder soll es wissen, was für ein sauberer Edelmann Sie sind. Nicht eher ruhen will ich, bis den Leuten ein Licht über die gemeine Kampfesweise der Polen aufgeht!"

„Rege dich nicht unnütz auf, mein Täubchen", sagte er hämisch. „Erstens kommst du nicht mehr frei. Dafür werde ich schon sorgen. Dein süßes Jünglein werde ich schon zu bewahren wissen, und zweitens

ist gerade vor einer Stunde Verstärkung aus Posen angekommen. Noch ein paar Tage, und wir spielen mit offenen Karten. Dann wirst du dich um meine Gunst bemühen."

Lisbeth zitterte am ganzen Körper. Sie beherrschte sich nur noch mit Aufbietung der ganzen Willenskraft. Sie hatte gesehen, daß seine Begierde um so heller aufflammte, je mehr sie sich empörte. Das mochte auch der Grund sein, warum er über den Tod Gruskos in ihrer Gegenwart verhandelt hatte.

Als sich aber die beiden Männer entfernten, um den grausigen Meuchelmord zu vollbringen, verließen sie ihre Kräfte. Eine wohltuende Ohnmacht brachte ihr Vergessen.

Als sie erwachte, herrschte Dämmerung im Raume. Sie war allein. Keine Träne rann über ihr Gesicht, keine Klage drängte sich über ihre Lippen. Aus dem Mädchen war ein Weib geworden.

Sie faltete die Hände und sah zum Nachthimmel auf. Droben zog bereits ein kleines Sternlein in einsamer Klarheit seinen Weg. Da betete sie.

Im Flur erscholl übermütiges Frauenlachen. Nadzinski trat ein. Ihm folgte Yvonne: „Endlich habe ich dich erwischt, mein Freund", sagte sie. „Mach Licht, daß man nicht über jeden Stuhl stolpert."

Mürrisch zündete er die Lampe an: „Ma chère Cousine, ich bitte, nicht zu erschrecken. Wir haben Besuch."

Neugierig trat Yvonne auf Lisbeth zu: „Diable! Die?" Dann ergoß sich ein Strom gehässiger und unflätiger Worte in Französisch auf das verlassene Mädchen. Yvonne glaubte nicht anders, als daß Lisbeth ihrem Geliebten nachgelaufen wäre.

Lisbeth wandte sich ihr ruhig zu: „Sie irren. Ich bin eine Gefangene! — — Wenn Sie es vermögen, so bitten Sie jenen dort, daß er mich freigibt", sagte sie mit Hoheit.

Diese Wandlung, die mit dem kindlichen Landfräulein vor sich gegangen war, entging der Polin nicht: „Meine Teure", sagte sie in völlig veränderter Tonart. „Es hätte wenig Zweck, meinen lieben Cousin um Erbarmen für sein Opfer zu bitten. Sie kennen ihn noch nicht."

„Doch," sagte Lisbeth, „er ist ein Schuft."

Zähneknirschend trat Nadzinski auf sie zu. Aber bei der jähen Bewegung schmerzte ihn die Schulter so gewaltig, daß er mit einem Schmerzensschrei in den Stuhl sank: „Nimm dich in acht", schrie er. „Es könnte dahin kommen, daß meine Geduld ein Ende hätte!"

„Ich bin in Ihrer Gewalt", war die kurze Antwort.

Wutschnaubend verließ Nadzinski das Zimmer. Fräulein Yvonne setzte sich vertraulich zu Lisbeth: „Chabben Sie Annung, wo ist Karl geblieben?" fragte sie. „Ich ihn suchen. Er schon war fort von seine zu Haus, als ich war dort. War ser, ser traurig. Ist auch die junge Brudder fort."

„Ich weiß gar nichts. Heute früh bin ich von Hause fortgelaufen, um ihm nicht zu begegnen. Ein Unglückszufall führte mich in die Hände Nadzinskis. Nun ist das Elend fertig. Ich bin an allem schuld."

„Sie ihm nicht begegnen wollen? Warum? Er ist eine ser, ser forsche Offizier. O, ich ihn furchtbar, grandissement lieben."

Da überwand Lisbeth sich selbst: „Wenn das wahr ist, so retten Sie ihn und seinen Vater. Nadzinski hat Leute ausgeschickt, um sie umbringen zu lassen."

Sie ergriff die kleine Hand der Polin: „Ich flehe Sie an! Sie sind frei. Sie können hingehen, wohin Sie wollen. Warnen Sie, retten Sie die armen Opfer. Ich werde Ihnen ewig dankbar sein."

Das kleine Persönchen wippte unruhig hin und her: „Hab gemacht, was möglich war. Kam zu spät. Nun will ich hierbleiben und auf Sie achtgeben, ma chére."

„Nein, eilen Sie, retten Sie ihn, was liegt an mir, retten Sie sein Leben."

„Oh," machte Yvonne, „Sie würden ihn geben frei, wenn er bliebe leben? Gebben Sie mir ihn in meine Hand, und er wird dem Tode fern bleiben.

„Ich kann nicht," jammerte Lisbeth, „ich liebe ihn ja."

Yvonne zuckte die Achseln: „Werde ihn doch nicht retten für eine andere Frau. Wenn Sie sagen, daß Sie ihn nicht mehr libben. Wenn Sie zu ihm sagen: Geh fort, ich will dich nicht, dann bleibt er lebben."

Lisbeth rang die Hände: „Ich weiß nicht, was ich tun soll!"

„Entschließen Sie sich, ma chére soeur. Er kann jeden Augenblick kommen als Gefangener. Wie ich Nadzinski kenne, wird er ihn hier hineinführen. Er quält ja so gerne. Da müssen Sie sein kalt zu Karl, müssen sagen: „Geh fort, ich liebe dich nicht mehr." Ich werde auch zu ihm kalt sein und lachen. Nadzinski weiß nicht, daß ich ganz verruckt auf die blonde Mann bin. Abber nachts, da werde ich mit ihm fliehen."

Lisbeths Kräfte waren am Ende. Was nützte ihr alles, wenn der Geliebte erschossen wurde. Da wollte sie lieber verzichten und versuchen, ohne ihn zu leben.

„Ich will tun, was Sie wünschen", stammelte sie. Dann brach sie aufschluchzend zusammen.

Yvonne bettete sie mütterlich auf das Sofa. Sie reichte ihr Glühwein und Gebäck und mühte sich so lange, bis das Mädchen etwas zu sich nahm: „Sie müssen essen, meine Liebe. Woher soll man sonst Kraft im Unglück hernehmen? Oh, ich chabben eine ser weiche Coeur."

Dann zündete sie sich eine Zigarette an, um die weiche Coeur zu besänftigen.

Es hatte sich im Walde ein Sturm erhoben, der in den hohen Tannen ein schauerliches Lied sang. Lisbeth starrte mit großen, tränenleeren Augen zur Decke empor und lauschte den wilden Stimmen.

Ihr schien es, als trieben tückische Gespenster, Seelen von Meuchlern und grauenhafte Unholde ihr Wesen. Wohl begann sie zu begreifen, daß die häßlichsten dieser Schreckgebilde keinen Vergleich mit den Ungeheuern aushalten konnten, die in der menschlichen Seele geboren wurden. Ein einziger Schrei des Entsetzens würde durch die Welt gehen, wenn alle Tücke und Bosheit Gestalt gewinnen würde.

Eulenschrei mischte sich in das Toben und Knarren der Äste. „Der Totenvogel", sagte sie leise vor sich hin.

Nadzinski trat ein. Er hatte ein finsteres Gesicht. Wortlos setzte er sich an den Tisch. Yvonne trällerte ein kleines französisches Schelmenlied. „Hör' auf!" fuhr er sie an. „Mach dich lieber fertig! Du mußt noch nach Nadzirowko. Der Wagen fährt bald vor."

„Oh, nicht doch, mon chère, wer wird so ungalant sein, eine Dame in den Sturm hinauszuschicken. Ich fürchte mich. Ich bleibe hier."

„Hier hast du keinen Platz zum Schlafen."

Sie lachte, daß die kleinen weißen Zähne blitzten: „Werde auf dem Bett der Frau Förster schlafen; denn ich bin sehr eifersüchtig."

Fluchend ging Nadzinski ins Nebenzimmer. Man hörte, wie er sich angekleidet niederlegte. Er stöhnte. Seine Schultern schmerzten ihn sehr.

Yvonne holte aus ihrer Handtasche einen französischen Roman und setzte sich an die Lampe: „Glauben Sie mir, ma chère, sagte sie zu Lisbeth. „Ich chabb noch nie so wenik Rücksicht auf meine Teint genommen wie heute."

Von Aufregung, Strapazen und Hunger erschöpft, fiel Lisbeth in einen unruhigen Schlaf.

In der Mannschaftsstube war es noch lange lebhaft. Posten kamen und gingen. Eine Meldung jagte die andere. Yvonne gestattete nicht, daß ihr kranker Cousin geweckt würde. Sie nahm selbst alle Meldungen entgegen.

Trotz aller List bekam sie nichts über Karl und seinen Vater heraus, weil die Leute selbst nichts wußten. Und da es anfing in der Stube kalt zu werden, kroch sie in das Bett der Frau Förster.

X.

Als Grusko den Holzweg verfolgte, leitete ihn die Erwägung, daß Lisbeth ihn aus dem Grunde eingeschlagen haben mußte, weil er auf der linken Seite lag und weil sie den linken Fußsteig verfolgt hatte.

Als sich das Mädchen auf sein Rufen nicht meldete, ging er langsam zurück auf den Weg zur Bahn. Er wollte den Wald durchqueren, um die Chaussee im Auge zu behalten. Es war immerhin möglich, Lisbeth dort zu erblicken. Die Nebel fielen. Es wurde heller. Da hatte er das freie Feld erreicht. Reif und Schnee lag auf den Äckern. Wie er aber auch den Weg nach Spuren untersuchen mochte, von Lisbeth war nicht die leiseste Fährte.

„Der Fuchs soll!" knurrte er. „Hat sich das Dummchen doch im Walde verlaufen." Dann wanderten seine Gedanken zu Karl zurück. Er hatte gesehen, daß dieser sich mit dem Meldeblock zu schaffen gemacht hatte. „Wird geschrieben haben, reitet also nicht selbst. Bleibt bei seiner Liebe. Ganz wie sein Vater." — —

Eine rechte Sorge wollte nicht in ihm aufkommen; denn er nahm an, daß Nadzinski heute das Bett hüten mußte. Prüfend betrachtete er seine Büchse. Es war dieselbe, mit der er manchen Schießpreis geholt hatte. Liebkosend strich er über den glänzenden Lauf.

„Feines Ding! Laß sehen, ob du auch nicht verdorben bist. Eine verdorbene Frau und eine verrostete Büchse macht der beste Jäger nicht mehr heil." Er entfernte das Schloß und sah lange durch den Lauf.

Dann nickte er zufrieden. „Rein und herb, wie meine Frau Elke. Nur daß ich nicht weiß, wen von euch beiden ich vermissen könnte."

Sein Blick schweifte in die Ferne. Ein Güterzug dampfte am Horizont. Zwischen sanften Hügelrücken schauten die roten Dächer friedlicher Dörfchen hervor.

Es war ein anheimelndes Bild. „Heimat", sagte der Alte. In das Wort legte er all sein Lieben und Hassen hinein.

Wieder glitten seine Blicke zum Walde zurück: „Und du bist mein Freund, bei dir ist Frieden und auch Lust. Du bist nie böse. Wenn draußen der Sturm tobt, ist in dir Stille. Birgst manchen Fuchs und manchen roten Bock, damit ein Jägerherz nicht leer ausgeht."

Er griff nach seinem Glase. Dort, die kleinen braunen Pünktchen auf der grünen Saat sahen wie Rehe aus. „Der Fuchs soll mich, wenn das nicht ein Urbock ist! — Schlag und Gewitter, dieses Gehörn. Schlohweiß sind die Spitzen!"

Er ließ das Glas sinken. Die Versuchung wurde zu stark. „Den Kerl muß ich mir ansehen. Vielleicht wechselt er mal nach dem Wald hinüber, oder, bevor ihn die Pollaken kriegen — —"

Das Gewissen mahnte ihn, seiner Sache nicht untreu zu werden. Er überlegte: Wenn ich jetzt gleich auf Lisbeths Fährte gehe, kann sie hier herauskommen und zur Bahn laufen. Muß schon den 10-Uhr-Zug abwarten. Wenn sie da noch nicht draußen ist, gehe ich auf ihre Spur.

Dann habe ich Zeit bis nachmittags um 4 Uhr. Früher kann sie nicht weg. Also darf ich in aller Ruhe den Bock richtig ansprechen.

Mit größter Vorsicht pirschte er den Waldrand entlang. „Daß dich der Fuchs!" entfuhr es ihm. „Sollte dieser dämliche Bock mich spitz gekriegt haben?" Das Rehrudel warf auf und raste in langen Fluchten dem Walde zu.

Der Alte stand starr. Bald aber zeigte sich die Ursache ihrer Unruhe. Ein Reiter sprengte wie irrsinnig quer über Sturzacker, Weideflächen und Roggen den Hang hinab in der Richtung nach der Bahnstation.

Er hatte die Mütze verloren. Der Blondkopf leuchtete hell durch den trüben Nebel. Trotzdem das Tier bereits alle Kräfte hergab, schlug der Reiter dennoch unbarmherzig auf es ein.

„Der Bengel ist verrückt", grunzte der Alte grimmig. „Sollte was mit dem Knüppel haben."

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Knödelländchen.

Von E. Tomaschewsky in Zielenzig.

Schwarzes Moor, weißer Sand und die grüne Heide... so singt ein Heimatdichter von der Scholle, von dem Ländchen zwischen Oder und Warthe, von dem Lande Sternberg, das heute beinahe vergessen ist. Die neue Grenzziehung im Osten rückte die Landschaft — im wesentlichen den jetzigen Kreis Oststernberg umfassend — unmittelbar in Polens Nähe und gab ihr dadurch eine besondere kulturelle Mission, die fast niemand draußen im Reiche würdigt. Und das Knödelländchen ist schön. Gott schütze es.

Der Volksmund spricht seine Mär viel lieber dem Worte des Erzählers nach als dem Buche des Historikers, denn Poesie soll beim Brote liegen, sonst verdaut sich's nicht. Es sei so:

Der liebe Gott hatte die Welt erschaffen, und das Leben nahm darauf seinen Gang. Bäume und Sträucher grünten, die Erde trug Früchte mancherlei. Berge reckten sich in Himmelshöhe, und im Sonnenglanze spiegelte sich der Gewässer Reinheit wider.

Und immer, wenn die Zeit jährte, in der die Erde das Schöpfungsfest feiern konnte, brachten die Länder dem Weltvater ihre Gaben und Wünsche vor. Große und kleine, reiche und arme Ländchen kamen und legten Sträuße und Früchte und köstliche Geschenke vor Gottes goldenen Thron. Auch welches nur so wenig besaß wie eine Hand voll Erde, schüttete sie aus zu Füßen des Herrn und erhielt den befruchtenden Segen.

Unter den kleinsten eines war das Sternberger Land. Und weil es nichts hatte, was es dem Schöpfer bringen konnte, als ein Häufchen Erde, machte es sich auf, um betrübten Sinnes das ärmliche Angebinde vor seinen Augen zu tragen. Wie es aber so hinschritt im wehenden Frühlingskleide und an nichts dachte als an sein Bettelgeschenk, da war ihm auf einmal der leichte Sand aus den Händen weggeblasen. Traurig stand es da nun in der Reihe der Länder und schämte sich seiner Armut. Alle sahen es an, und gar viele freuten sich heimlich. Nur das heilige Land, das später Gottes Sohn tragen sollte, erbarmte sich und drückte ihm mitleidig einen Kern in die Hand. Den zeigte es dem lieben Gott, und der segnete auch diese bescheidene Gabe. Freudig kehrte es heim und pflanzte den Samen in seinen Schoß, aus dem trotz Wind und Sand ein Bäumchen wuchs, das schöne Früchte trug, von denen die Menschen gerne essen. Knödelbaum (Apfelbaum) nennen sie ihn. Und als später die großen wieder das kleine Sternberger Ländchen sahen, wie es demütig-froh seine Knödel auf den Geschenkplatz legte und der Herrgott dazu dankbar lächelte, da nannten sie es nur noch das Knödelländchen. —

Seine Bodenform und Oberflächengestaltung verdankt es der erdumwälzenden Macht des Eises, das vor Jahrtausenden über der norddeutschen Tiefebene seine gewaltigen Massen lagerte und unter Einwirkung der erwärmenden Sonne ruckweise nach Norden abzog. Schrammen im Muschelkalk lassen diese Bewegung und ihre Art deutlich erkennen. Zwischen schmalen und breiten Auswaschungen heben sich Erdaufstauchungen ab. Talzüge wechseln mit Plateaus. Diese landschaftlich reizvolle Gliederung in Hoch- und Tiefland ist der Typus des alten Landes Lebus, das 1535 bei der Teilung der Mark durch Kurfürst Joachim I. mit seinem östlichen Teile den Namen Sternberg erhielt. Die Entstehung seiner Seen reicht bis in die Eiszeit zurück. Bei der Abschmelzung und Zerbröckelung der riesigen Gletscher stürzten die Wasser in die Spalten und Brüche des Eises, durchfurchten es und wühlten sich tief in die Erde ein, Rinnen grabend, Gletschertöpfe oder Strudel bildend, in denen das Wasser stehenblieb. So erklärt sich die Vielgestaltigkeit der märkischen Seen. Alle gleich; Grundmoränen; eine Verwandtschaft und doch verschiedener Art. Hier klares Wasser in flachen Becken, da Abfluß; einmal ohne Speisung, ein andermal zwischen Nadelgehölz oder Laubgewinden. Immer aber der Sippschaftsgedanke betont, überall die gleiche Innerlichkeit, der Zusammenwuchs mit der dauernden Erde, mit dem knorrigen Wald.

Der Eilangsee trägt nach der Sage von der Entstehung der Stadt (um 1250) nun schon beinahe siebenhundert Jahre ein kleines freundliches Bild Sternbergs in wechselndem Lichte. Leuchtete einst von den Bränden der Jahre 1589, 1725 und 1824 in rotschauriger Glut dem Verderben, nimmt heute von Sommersonne umstrahlt, inmitten hellen Buchen- und Eichenlaubes den schönsten Anteil an Sternbergs Schätzen. Die Kreisstadt Zielenzig verdankt ihre Bedeutung neben dem Gewerbefleiß ihrer Bewohner vor allem der Gunst der Lage, die schon im Mittelalter polnische Ansiedler erkannt hatten, als sie das Sulench schufen, aus dem im Jahre 1241 das deutsche Zielenzig entstand, das unter der Herrschaft der Tempelherren und des Johanniterordens im geschichtlich-kulturellen Leben der Ostmark eine bedeutende Rolle zu spielen berufen war. Die wirtschaftliche Blüte des rasch aufstrebenden Ortes vernichtete dann das 17. Jahrhundert durch die Wirren des Dreißigjährigen Krieges und die in seiner Gefolgschaft wütende Pest. Empfindlich störten auch unruhige Zeiten in jüngerer Geschichte die Aufbauarbeit. Die Not des Siebenjährigen Krieges ließ dann nach kurzer Entspannungszeit die kaum geschaffenen Ansätze zu bescheidenem Wohlstande erneut zusammenbrechen, und erst nach den großen Heimsuchungen der Jahre 1822—1829, bei denen die Brandfackel über das schwergeprüfte Zielenzig schwangen, konnte ein frischer Aufschwung einsetzen, als der größte Teil der heutigen Stadt in jetziger Gestalt neuerrichtet war. Die „grüne" Stadt im lieblichen Postumtale wird sie gerne von den Sommerfrischlern genannt. Geographen und Historiker wenden langsam ihr Interesse auch diesem Orte zu, der neben vielen Sehenswürdigkeiten den berühmten Altar in der St.-Nikolai-Kirche besitzt. Nahe bei der Stadt mitten im Walde liegt der Bürgersee, licht wie das Gesicht eines schönen Mädchens, umrauscht von der Herrlichkeit harmlosen Genusses. Eine Grazie, eine naive Freude, wie sie an den Grenzen der Menschenjugend zu verbleichen pflegt. Darum ist dieser See so schön, weil er bewahrt, was wir nicht bannen können. Und so klar ist, ohne es zu wollen. Erinnern und ruhige Gegenwart uns erquickt. Vom Wasser tönt heller Badejubel herüber. Licht überall und Jugendfühlen, Jugendglück springt uns ins Herz. Eine Stunde Glaubens an dich, du freundliches Wasser, soll mir den Winter aufwiegen. Und wenn ich Eugen Brachts „Märkischen See" sehe, so still und bewegt zugleich, will ich immer an dich denken. Wanderfahrten durchziehen von hier aus den Kreis nach allen Richtungen; ins Bruch nordwärts, aufs Höhenland nach Süden. Magere Kohlengruben und viel Sand, aber auch herbe Schönheit und Humor gibt's dort. Ein Bauer wird amtlich nach der Größe seines Landes befragt. „Je nach dem", sagt er, „bei Südwind 50 Morgen, sonst sind's 100". Königswalde und Lagow, obwohl kleinere freundliche Städtchen in Dorfesstille, so doch herrlich begabt mit dem Schmucke der Wasser. Der Jahnsee in unendlicher Ergebenheit. In ihm ist Ruhe, wie auf dem Grunde eines tiefen Gemüts, und er hängt mit bunten Bildern so voll. Ritterlieder, innige deutsche Melodien schaukeln mit den leisen Uferwellen des Lagowsees beim Sinnen und Träumen.

Sonnenburg lebt von seiner großen Vergangenheit und bewahrt ihr Andenken noch. Alljährlich finden sich die Mitglieder des Johanniterordens hier zum Ritterschlag ein. Zwischen den kleinen Bergen und stillen Wassern schlängeln sich grüne Täler durchs Land; wie Efeuranken um alte Ruinen. Wüßte ich nicht, daß Eichendorff seine Lieder in der schlesischen Heimat sang, ich könnte glauben, er habe sie dem wehmutsvollen Hauche eines unserer Täler abgelauscht im Sternberger Land, das der Natur- und Schönheitsfreund in steter Entdeckungsbereitschaft findet bei Sonnenglanz und Winternacht.

Reise in die alte Heimat.

Die nachstehenden Darlegungen entnehmen wir einem Vortrag, den Herr Kreisobersekretär Schlabs-Waldenburg, Schles., in der Versammlung der Kreisgruppe Waldenburg des Deutschen Ostbundes am 28. September v. J. gehalten hat.

Die Schriftleitung.

„In Prinzenthal traf ich einen alten Bekannten. Wir hatten uns seit 20 Jahren nicht gesehen. Damals hatte dieser Herr ein Kolonialwarengeschäft und Schankwirtschaft betrieben mit 3—4 Gehilfen und Lehrlingen. Er war ein fanatischer Pole, und alles was von deutscher Verwaltung kam, wurde als ungerecht bezeichnet, beschimpft und verdächtigt. Als ich nun im Lokal saß, wurde ich von dem Herrn selbst bedient, und als ich verwundert nach dem Personal fragte, klagte er, daß die Geschäfte so schlecht gehen, daß eine Arbeitskraft nicht bezahlt werden könne; alles sei Monopol: Schnaps, Zigarren, Zigaretten, Tabak, Zucker. Die Umsatzsteuer betrage 6,5 v. H. Der Schnaps müsse in Flaschen bezogen werden. An einer Flasche verdiene er 12 Groschen. Davon gehe noch die Umsatzsteuer ab. Es dürften nur inländische Tabakwaren abgesetzt werden. Die Preise hierfür seien sehr hoch. Zigarren zu 60 Groschen — nicht zu rauchen! Ich fragte nach dem Kolonialwarengeschäft. Das Geschäft geht überhaupt nicht; er habe es eingestellt. Das einzige, was noch gehe, sei der Bierverkauf. Ein Schnitt kostet 40 Groschen, ein Seidel 60 Groschen. Der Herr klagte, daß, wenn sich die Verhältnisse nicht bald ändern sollten, er befürchten müsse, auf seine alten Tage vollständig verarmt dazustehen. Hierbei möchte ich hervorheben, daß der Mann zu deutschen Zeiten glänzende Geschäfte machte und abgesehen von seinem Polendünkel als Mensch zu schätzen war. Anscheinend ist er jetzt von seinem Dünkel recht gründlich geheilt. — Die Unzufriedenheit über die Steuerlasten scheint groß zu sein. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß die Beseitigung des Weichselkorridors in Kürze zu erwarten sei! Es handele sich jetzt nur noch darum, ob auch Bromberg und der Netzedistrikt mit an Deutschland zurückkommen solle. Der Netzedistrikt müsse aber an Deutschland zurückkommen, da Friedrich der Große diesen Teil für 2 Mill. Taler von den Polen gekauft habe. Es liege somit ein Rechtsgeschäft vor. Als das Denkmal Friedrich des Großen vom Friedrichsplatz entfernt worden sei, seien diesbezügliche Urkunden gefunden worden. Diese Gedankengänge, ob richtig oder nicht, beweisen, mit welcher Inbrunst eine Änderung der jetzigen Zustände herbeigesehnt wird.

Ich habe in Schwedenhöhe bei Bromberg ein Grundstück besessen, das ich im Kriege verkauft habe, weil ich dasselbe wegen der weiten Entfernung von diesem Orte meiner amtlichen Tätigkeit nicht weiter bewirtschaften konnte. Auf diesem Grundstück habe ich eine Hypothek. Der Besitzer zahlte keine Zinsen und ließ jahrelang nichts von sich

hören. Als ich energisch werden wollte, wurde mir mitgeteilt, daß er verstorben sei. Seine Witwe bat und bekam für die Zinsen Ratenzahlungen bewilligt. Gezahlt hat sie aber nichts. Als ich nun in Bromberg war, besuchte ich die Frau. Sie erklärte sich bereit, die Hypothek zurückzuzahlen. Beim Notar wurden mir folgende Zahlen genannt.:

Forderung 1600 M., Umrechnungskurs beim Inkrafttreten des Aufwertungsgesetzes 1,23 Zloty für 1 M., mithin 1600 × 1,23 = 1968,00 Zloty, hiervon Aufwertung 15 v. H. = 295,20 Zloty, die Zinsen für die Zeit vom 1. Juli 1924 bis zum Zahlungstage 98,00 Zloty, zusammen 393,20 Zloty. Am Zahlungstage war der Kurs des Zloty 47 v. H., mithin bekam ich 185 M. für eine Forderung von 1600 M. Wenn ich eine gleiche Forderung in Deutschland hätte, dann würde ich für 1600 M. zu 25 v. H. = 400 M. und Zinsen 120 M., zusammen 520 M. bekommen. Wenn ein Pole eine derartige Hypothek in Deutschland hätte, dann würde er unter Berücksichtigung der Kurse (zurzeit für 1 M. = 2 Zloty) 1040 M. herausschlagen. In meinem Falle eine Aufwertung von nur 8,66 v. H., in dem anderen Falle rund 50 v. H.

Seit 1. Januar d. J. werden Sparguthaben bei der städtischen Sparkasse in Bromberg mit 6 v. H. in Zloty aufgewertet. Auch hier im Verhältnis zu uns eine ungeheure Schädigung des Gläubigers.

In einer Stadt — diese möchte ich aus besonderen Gründen nicht näher bezeichnen — besuchte ich das Schützenhaus. Es wurde mir dann erzählt — nicht vom Wirt, da dieser äußerste Zurückhaltung übte —, daß dem Inhaber des Schützenhauses, der dieses seit etwa 40 Jahren bewirtschaftet, vor einiger Zeit die Erlaubnis zum Ausschank von Spirituosen entzogen worden ist. Er darf nur noch Bier, Obstweine und Milch verabfolgen. Wenn nun der Saal gebraucht wird, so mietet der Veranstalter diesen. Ein polnischer Wirt bekommt dann die polizeiliche Genehmigung zum vollen Ausschank. Der Schützenhauswirt muß dann zusehen, wie ein Fremder in seinen Räumen haust, darf nichts — auch Bier, Milch, Obstweine nicht — verkaufen. Wenn das Mobiliar usw. beschädigt wird, so hat er die Ehre, für den Schaden aufzukommen. Verdienen darf er nichts. Also nur Pflichten, keine Rechte! Der Mann hat seiner Zeit nicht optiert, um das Grundstück zu halten. Jetzt wird er in vorerwähnter Weise bedrängt, um den Verkauf zu erzwingen. Verkauft er nicht, dann kann er sich unter den obwaltenden Verhältnissen nicht halten und für ein Butterbrot sein Eigentum abgeben. Er geht bettelarm hinaus. Auch hier eine kalte, grausame Liquidierung. Schutz der Minderheiten in Polen? Kommentar wohl überflüssig.

Am 26. Juli fuhren wir die Strecke Kempen—Ostrowo—Neu-Mittelwalde nach Hause. Als wir kurz vor Mittelwalde waren, wurde der Zug angehalten und der Schaffner schrie uns an, weshalb wir nicht zur Paßkontrolle in Suschen ausgestiegen waren. Wir erklärten, daß uns nicht gesagt worden ist, wo diese Kontrolle ausgeübt werde. Der Schaffner ging brummend davon, und wir mußten staunend bemerken, daß die Maschine umgewechselt wurde und der Zug zurückfuhr. In Suschen mußten wir zur Paß- und Zollkontrolle und nach Beendigung derselben fuhren wir gemütlich nach Neu-Mittelwalde zurück. Es handelte sich um fünf Personen, welche die Eisenbahnverwaltung 24 Km. umsonst hin- und hergefahren hat. Anscheinend hat die polnische Eisenbahnverwaltung soviel Überschüsse, daß sie auf diese Weise versuchen muß, diese zu drücken."

Ostmärkisches Allerlei.

Heimatgefühl.

Wer aber aufsteht und sagt: „Redet mir nicht von Heimat, da, wo ich mein Brot verdiene, ist mein Vaterland," der begehet ein großes Unrecht und versündigt sich an eigener Art und am eigenen Volk.

Denn siehe, immer wo du geschaffen und aus welchen Stoffen und aus welcher Art, wurde dir auch ein Stempel gegeben, der dich zeichnet für alle Zeit und der dich verpflichtet zur Verantwortung.

So du nun aber sagst, „redet mir nicht von Heimat," so verleugnest du dich selbst und begibst dich deiner höchsten Pflicht und deines höchsten Wertes.

Denn glaube, alle Ehren und aller Ruhm und aller gute Verdienst in fremden Landen und unter fremdem Volke erworben, machen nicht, daß du dich bis zur letzten Zufriedenheit einfühlst in den Charakter deiner Umgebung, den du nicht trägst. Und in den großen Fragen des Landes wirst du nicht mitreden dürfen, denn du bist der Fremdling.

Siehe, es erklärt sich der Begriff Heimat in seinem letzten Grunde aus den reinsten Stimmen und Schwingungen, die aus der Wurzel unserer Seele kommen —, und wir sollten das Wort Heimat immer nur in großen, aufrechten, sauberen Lettern schreiben.

Werner Stange.

Die Herstellung von Torfbriketts in den ostdeutschen Mooren.

Vor Jahresfrist erregte in der Mark und Ostdeutschland eine Denkschrift der Preußischen Geologischen Landesanstalt großes Aufsehen, in der nachgewiesen wurde, daß Ostdeutschland sich von der Kohlenzufuhr unabhängig machen könne durch Ausnutzung einer ausgeprobten Erfindung des Bergwerkdirektors Schimanski, nach der in größerem Maßstabe Torfbriketts in den ostdeutschen Mooren hergestellt werden können, die eine größere Heizkraft als Braunkohlenbriketts besitzen und weniger kosten sollen. Schon vorher hat es in Ostfriesland Kraftwerke gegeben, die mit Torfbriketts gespeist wurden. Da aber die Herstellung von Torfbriketts von der Witterung abhängig war und höchstens 75 Tage im Jahr zur Herstellung der Briketts geeignet waren, vermochte sich die Erfindung nicht durchzusetzen. Ostdeutschland mit seinem kontinentalen Klima hat eine größere Zahl von trockenen Tagen und war daher besser zur Anlegung von Torfkraftwerken geeignet. Schimanski nun macht die Herstellung von Torfbriketts von der Witterung unabhängig. Sein Verfahren wurde s. Z. eingehend besprochen, teils zustimmend, teils ablehnend. Inzwischen hatte Schimanski Geldkreise gefunden, die ihm in Ostpreußen die Durchführung seiner Pläne ermöglichen wollten, da für das abgeschnittene Ostpreußen eine Selbstversorgung mit hochwertigem Brennstoff ungeahnte wirtschaftliche Folgen haben kann. In Friedland in Ostpreußen ist eine Torfbrikettfabrik erbaut worden, die seit längerer Zeit im Betriebe ist und — wie Schimanski jetzt auf einer Tagung des Ostdeutschen Heimatdienstes in Tilsit mitteilte — sehr rentabel arbeitet und gut beschäftigt ist. Es bestehe der Plan, die ostpreußischen Torfmoore restlos nutzbar zu machen und weitere Fabriken zu bauen. Der Friedländer Preßtorf sei eine gleichmäßige und trockene Ware und vor allen Dingen billig durch Fortfall der hohen Transportkosten, denen die gleichwertigen Braunkohlenbriketts unterliegen. Schimanski teilte mit, daß allein ein ostpreußisches Hochmoor jährlich 50 000 Doppelzentner auf 30 Jahre liefern könne, das bedeute, daß Ostpreußen sich bei Ausnutzung nur eines Moores auf 30 Jahre von der Braunkohlenbrikettzufuhr unabhängig machen könne. Auf der gleichen Tagung teilte Studienrat Jankuhn mit, daß die Gründung einer Studiengesellschaft für ostpreußische Brennstoffversorgung erfolgt sei, die im Sinne Schimanskis arbeiten wolle.

90 polnische Professoren regen sich auf.

Vor einiger Zeit sind in den oberschlesischen Forsten des Fürsten von Pleß zwei von den sieben dort noch erhaltenen Wisenten auf Anordnung der Forstverwaltung abgeschossen worden. Darob eine entsetzliche Aufregung in der gesamten polnischen Presse über die „jeder Kultur bare, unfähige, verbrecherische" Tätigkeit des Fürsten von Pleß, der bekanntlich Präsident des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien ist. Die ganze ans Lächerliche grenzende Hetze brach in sich zusammen, als das Krakauer Sanierungsblatt sich endlich gezwungen sah, den durchaus weidgerechten Grund für den Abschuß der Tiere mitzuteilen. Die beiden Wisente waren für die Aufzucht ungeeignet und gefährdeten durch Angriff die übrigen Tiere. Ihre besondere Note erhält die ganze Affäre dadurch, daß sich nicht weniger als 90 polnische Hochschullehrer an dem Verleumdungsfeldzug gegen den Fürsten Pleß beteiligten, indem sie sich in einer Denkschrift an die Regierung wandten und darin die Bestrafung der Schuldigen forderten! (Davon aber, daß in der Aufstandszeit 70 (!) Wisente ungestraft von polnischen Wilddieben abgeschossen worden sind, nahmen die Herren keine Notiz.) Die Leichtfertigkeit und Bedenkenlosigkeit, mit der diese Wissenschaftler ihre Namen unter ein Dokument gesetzt haben, das sachlich durchaus falsch und einen ausgesprochen politisch-verleumderischen Charakter trägt, ist ein neues, recht unerfreuliches Beispiel für die uns z. B. aus den Versailler Diktatsverhandlungen leider nur allzu bekannte Unzuverlässigkeit wissenschaftlicher Kreise Polens in politischen Dingen. Hier ging es um zwei Wisente, in Versailles ging es um ganze Länder. Der Gegenstand ist verschieden, die Gesinnung aber ist die gleiche geblieben.

650 Jahre Glogauer Rats- und Stadt-Apotheke.

Die Glogauer Rats- und Stadtapotheke kann auf ihr 650jähriges Bestehen zurückblicken. Durch Verleihung eines besonderen Rechtes von Herzog Heinrich III. entstanden im Jahre 1281 in Glogau zwei „apothecae", die später zu einem Unternehmen vereinigt wurden und sich erst im Pestnotjahr wieder trennten. Die Glogauer Rats- und Stadtapotheke, die am Ring gegenüber dem Rathause liegt und vor einigen Jahren durch ein schweres Explosionsunglück heimgesucht wurde, ist die älteste ostdeutsche Apotheke. Urkundlich werden in Schlesien Apotheken außer der Glogauer erst 1330 in Schweidnitz, 1410 in Breslau und 1439 in Liegnitz (Hof- und Stadtapotheke) erwähnt.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Verlag: Deutscher Ostbund E.V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.